Nr. 256 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 8. November 1927

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Flucht der Minister

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Warschau, den 5. November 1927

Für denjenigen, der der letzten Sitzung des — man kann wohl schon sagen „alten" Sejm beigewohnt hat, kann es nicht zweifelhaft sein, daß diese Sitzung die erste Niederlage Pilsudskis und seiner Regierung in den nunmehr beginnenden Wahlkämpfen war. Die Art, in der die Minister, die zu Beginn der Sitzung mit siegesbewußten Mienen auf der Regierungsbank Platz genommen hatten, sich unter den Schmähworten der Abgeordneten — man kann es nicht anders bezeichnen — den Saal verließen, war einer kopflosen Flucht verzweifelt ähnlich. Was hätten sie, die ausführenden Organe jenes Einen, dem die letzte Versammlung des immerhin volksgewählten Parlaments nicht wichtig genug war, um persönlich zu erscheinen — was hätten die Minister zu ihrer Verteidigung vorbringen können? Höchstens das eine, daß sie selbst — mit Ausnahme des Vizepremiers — von der beabsichtigten Vertagung vorher selber keine Ahnung gehabt haben. Denn nur so läßt sich der Umstand erklären, daß der Finanzminister noch wenige Stunden vor der Vertagung dem Sejmmarschall Rataj die Vorlage über die Zusatzkredite überreicht hat, mit der ausdrücklichen Bitte um beschleunigte Erledigung.

Dem einzigartigen Schauspiel der Flucht der Minister vor den Abgeordneten folgte von der Diplomatenloge aus der neue sowjetrussische Gesandte Bogomolow. Er war gekommen, um sich das polnische Parlament anzusehen — und siehe da, er kam gerade zu seinem seligen Ende zurecht. Aber er wird wohl eher als das polnische Volk, das sich in der Zwischenzeit seiner verfassungsgemäßen Vertretung beraubt, ihre abgekargten Steuergelder in der Hand einer unkontrollierbaren Regierung sieht, bis zur Konstituierung des neuen Sejm warten können.

In der Tat ist nun die Frage der Neuwahlen zum unmittelbaren Mittelpunkt aller politischen Erörterungen geworden. Schon am Tage nach der Vertagung konnte man in der Presse über die voraussichtliche Bildung von Wahlblocks lesen, und aus dem Wirrwarr der Parteien — es gibt in Polen beiläufig über 50 — lassen sich drei große Gruppen erkennen, um die sich wohl die große Masse der Wähler scharen wird. Da ist vor allem eine „Regierungspartei", deren Chancen ebenso wie diejenigen der zweiten Gruppe, der Partei der Rechten, nicht allzu groß sein dürften, wenn man die Erfolge der Linksparteien bei den letzten Gemeindewahlen berücksichtigt. Und so wird wohl den Linksgruppen, deren Einfluß im Volke eine unverkennbare Zunahme aufweisen darf, als der stärksten Parteigruppe die Aufgabe zufallen, auch auf die weitere Gestaltung der politischen Entwicklung im Lande Einfluß zu nehmen.

Wie sich dieser „Linksblock" näher zusammensetzen wird, entzieht sich bisher unserer Kenntnis. Wäre es vom sozialistischen Standpunkt wohl zu begrüßen, daß die erste Frontenlinie dieses Blocks eine gemeinsame sozialistische Liste der Polen, Deutschen und Juden bilden möge, so dürfen die immerhin bestehenden nationalen Schwierigkeiten sich einem solchen Beginnen doch ziemlich entscheidend in den Weg stellen. Auch eine Listenvereinigung der polnischen Linksparteien dürfte nicht ohne weiteres zustande kommen. Hier wird aber wahrscheinlich das alte Schlachtrezept: Getrennt marschieren, vereint schlagen, in gewisser Variierung zur Anwendung kommen müssen, und zwar wird das vereinte Schlagen wohl erst auf parlamentarischem Gebiet vor sich gehen. Es kann aber doch mit ziemlicher Gewißheit vorausgesagt werden, daß die Linke im künftigen polnischen Parlament einen starken Stimmenzuwachs gegenüber ihrer gegenwärtigen Zahl aufzuweisen haben wird. Wird sie aber stark genug sein, um eine parlamentarische Mehrheit bilden zu können? Diese Frage heute aufzuwerfen, ist unnützes Rätselraten. Was getan werden muß, ist, mit allen Kräften dieses Ziel anzustreben, die Organisationen zu straffen, alles für den Wahlkampf aufzubieten. Nur dann, wenn das neue Parlament der bisherigen diktatorischen Regierung eine in sich und in ihren Zielen einige Spitze zu bieten imstande sein wird, kann mit einer Aenderung der bestehenden politischen Mißverhältnisse gerechnet werden. Dann wird Pilsudski, dessen bisheriges Argument seines Kampfes gegen den „schlechten" Sejm fortgefallen sein wird, sich für eines von beiden entscheiden müssen: für die Anerkennung der parlamentarisch-demokratischen Staatsform, und wird sich in diesem Falle dem Einfluß und dem Willen der parlamentarischen Linksmehrheit fügen, oder er wird auch diesen neuen Sejm in seiner verfassungsgemäßen Staatsarbeit zu hindern suchen, und damit sein Bekenntnis zu der Diktatur ablegen. Wird er den zweiten Weg wählen — und das wird er sicherlich tun, wenn der nächste Sejm keine ausgesprochene regierungsfähige Mehrheit aufweisen wird — so kann die Aufgabe, vor die sich die arbeitende Klasse in diesem Fall gestellt sehen wird, nicht zweifelhaft sein. In diesem Sinne wird die Parole für den Wahlkampf, dessen Bedeutung einem jeden klar werden muß, lauten: Gegen die Diktatur, für die Demokratie und den Parlamentarismus!

Th. L.

Blutige Sowjetdemonstrationen in Berlin

Ausschreitungen der Kommunisten — Dreifacher Selbstmord

Berlin. Die Kommunisten, sowie der Rote-Frontkämpferbund veranstalteten am Sonntag nachmittags aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Sowjetrepublik eine Demonstration im Lustgarten. Die kommunistischen Redner wiesen auf die Bedrohung Sowjets hin. Beim Anmarsch eines Zuges aus Schöneberg war es in der Yorkstraße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei gekommen, da die Kommunisten beleidigende Lieder sangen. Die Polizei mußte schließlich mit Hilfe des Gummiknüppels die Ordnung wieder herstellen. Zwei Demonstranten trugen dabei leichtere Verletzungen davon, zwei andere, darunter eine Frau, wurden wegen Beleidigung der Polizei festgestellt.

*

Berlin. Sonntag nachmittags um 15.30 Uhr kam es bei der Rückkehr einer kommunistischen Abteilung von der Kundgebung im Lustgarten am Oranienplatz zu schweren Zusammenstößen. Als Beamte der Schutzpolizei zur Festnahme eines Demonstranten schreiten wollten, wurden sie von den Kommunisten umringt, die mit Fahnenstangen und Stöcken auf die Beamten einschlugen. Dabei wurden einige Schupobeamten mehr oder minder schwer verletzt. Der kommandierende Hauptmann wurde von einer großen Uebermacht in den Eingang eines Kaufhauses gedrängt und schwer mißhandelt. Sein Tschako wies mehrere Messerstiche auf. Ein Polizeibeamter gab einen Schuß in die Luft ab, worauf es gelang, die Menge zu zerstreuen.

Eine Stunde später kam es in der Gegend der Martin-Opitzstraße zu einem Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Kommunisten und Anhängern der S. P. D. Nach dem Polizeibericht versuchten Kommunisten die Kundgebung der S. P. D.-Anhänger zu stören. Die Polizei griff ein, wurde aber von den Kommunisten angegriffen und ein Polizeibeamter mußte von seiner Waffe Gebrauch machen. Dabei wurde ein 20jähriger Kommunist durch einen Streifschuß verletzt.

Dreifacher Selbstmord junger Kommunisten

Berlin. Wie die Blätter berichten, spielte sich am Sonntag in Köpenick eine blutige Tragödie ab. Drei junge Leute, von denen einer bei der russischen Handelsdelegation tätig ist, schossen sich in der Wohnung des einen mit einem Revolver in die Schläfe. Einer war sofort tot, während die beiden anderen in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus überführt wurden. Das Motiv der Tat konnte noch nicht festgestellt werden, sie dürfte jedoch in Beziehung zu der politischen Betätigung der drei jungen Leute stehen, die Mitglieder der kommunistischen Partei waren und noch gestern an der Demonstration im Lustgarten teilgenommen hatten. Neben der Mordkommission beschäftigt sich auch die politische Polizei mit der Aufklärung der Bluttat.

Polens Verhandlungsbereitschaft

Vizepremier Dr. Bartel über die Handelsvertragsverhandlungen

Warschau. Vizeministerpräsident Dr. Barthel gab Sonnabend abend vor Vertretern der Warschauer Presse, die seiner Einladung in das Ministerratspräsidium zu einer Besprechung gefolgt waren, im Namen der polnischen Regierung folgende Erklärung über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ab:

„Die polnische Regierung erklärt, beseelt von dem guten Willen und dem Wunsch, normale Handelsbeziehungen mit Deutschland herzustellen und geleitet von den wohlverstandenen beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen, ihre Bereitwilligkeit, mit Deutschland einen Handelsvertrag abzuschließen, der auf den üblichen Grundlagen der europäischen Handelsabkommen aufgebaut ist. Die polnische Regierung kann nicht erheben und erhebt auch nicht gegenüber dem Deutschen Reich besondere wirtschaftliche Forderungen, die von der allgemein anerkannten Norm westeuropäischer Handelsverträge, von den Beschlüssen der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf, sowie des landwirtschaftlichen Kongresses in Rom abweichen. Die polnische Regierung ist der Auffassung, daß der Abschluß eines normalen Handelsvertrages mit Deutschland um so eher möglich ist, als die Schwierigkeiten, die sich aus der Frage der Niederlassung ergeben, auf dem Wege beiderseitiger Verständigung grundsätzlich beseitigt worden sind.

Nach der Verlesung dieser Erklärung gaben Minister Dr. Bartel und Handelsminister Dr. Kwiatkowski, der der Konferenz beiwohnte, Antwort auf verschiedene Fragen der Journalisten. Unter anderem erklärten die Minister, die größten Hindernisse einer Verständigung mit Deutschland bildeten die Kohlen- und Veterinärfrage. Die Erledigung der Zollfrage sei vor allem von der Lösung dieser beiden Punkte abhängig. Die Minister berührten dann auch noch die Frage der Zollvalorisation und stellten fest, daß die Ausarbeitung eines neuen Zolltarifes noch geraume Zeit in Anspruch nehmen werde.

Der Kampf um Witos

Warschau. Seit einigen Tagen wird in der regierungsfreundlichen Presse ein Gerücht verbreitet, wonach im Klub der „Piasten" eine weitere Spaltung bevorstehe, die nur dadurch behoben werden könne, wenn der bisherige Führer der Bauernpartei Witos zurücktrete. Für den Rücktritt soll sich auch der Sejmmarschall Rataj, der dem „Piasten" angehört, eingesetzt haben. Der Witosklub hat bereits vor Jahren eine Sezession erlebt, die jetzt noch durch das bekannte Eintreten des Senators Bojko für die Pilsudskiregierung erweitert wurde. Nun hat in Warschau eine Tagung der Witospartei stattgefunden, die die Lösung des Problems bringen sollte, indessen zu einem Triumph Witos ausgestaltet wurde. Er erhielt das Vertrauensvotum der Partei für die Wojewodschaft Warschau, nachdem er eingehend die innerpolitische Lage Polens darlegte und besonders auf die antidemokratische und antiparlamentarische Tätigkeit der gegenwärtigen Regierung hinwies.

Von anderer Seite wird berichtet, daß diese Konferenz nicht ausschlaggebend sei, sondern die Tagung des Parteirats, der am 9. d. Mts. zusammentreten soll. Eine Anzahl von Abgeordneten hätte bereits ihre Zustimmung zur Sezession des Senators Bojko gegeben und am 9. November soll der Ausschluß Witos vollzogen werden, der gezwungen sei, auf einige Zeit von der politischen Bühne zu verschwinden. Dies dürften wohl fromme Wünsche der regierungsfreundlichen Presse sein. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß sich innerhalb der Piastengruppe unter Führung des Sejmmarschalls Rataj eine pilsudskifreundliche Richtung befindet, so ist der Einfluß Witos noch groß genug, um selbst eine Sezession zu überstehen.

Die Aufnahme der französischen Antwort-Note in Amerika

Paris. Nach Meldungen aus Neuyork über die Aufnahme der letzten französischen Antwortnote in der Frage der Zolltarife sieht das amerikanische Staatsdepartement die französischen Vorschläge in ihrer Gesamtheit nicht als eine Grundlage für die kommenden Verhandlungen an. In Washington soll jedoch der Eindruck bestehen, daß sich eine völlige Verständigung bald erzielen lassen werde. Die amerikanische Antwortnote dürfte bereits Anfang der nächsten Woche in Paris überreicht werden. Wie es heißt, wird darin die amerikanische Regierung nähere Aufklärung über die Dokumente verlangen, die der amerikanischen Tarifkommission zu unterbreiten seien, damit diese die Gestehungskosten der französischen Industrie feststellen kann. Außerdem wird in der Note noch näherer Aufschluß über das Provisorische Regime verlangt werden, dem bis zum Abschluß der Verhandlungen die amerikanische Einfuhr unterworfen werden soll.

Ungarisch-jugoslawische Abkommen

Belgrad. Die zwischen Ungarn und Jugoslawien seit vier Wochen andauernden Verhandlungen zur Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen aus dem Trianon-Vertrag sind jetzt zu Ende geführt worden. Es ist ein Uebereinkommen über alle finanziellen und Kreditfragen zustande gekommen, die zwischen den Staatsbürgern beider Länder schweben, sowie über die gerichtliche Behandlung solcher Fragen, und der Steuerprobleme. Gerüchten zufolge soll diesen Uebereinkommen eine Vereinbarung von größter Bedeutung folgen, die das gemeinsame Auftreten der beiden Agrarstaaten, Ungarn und Südslawien auf den mitteleuropäischen Märkten bezweckt.

Die französischen Radikalen gehen nach links

D. D. **Paris**, Anfang November.

Noch geschehen Zeichen und Wunder.

Daß die radikale Partei auf ihrem soeben beendeten Kongreß eine tiefe Verbeugung nach links machen werde: niemand zweifelte daran, der die Linksstimmung im Lande kennt und weiß, daß Frankreich vor den Wahlen steht.

Darum war auch niemand neugierig auf den Kongreß, dessen Schablone man nun schon seit Jahren kennt: Eine sehr ehrenwerte, sehr energische, sehr radikale Prinzipienerklärung — und die Durchführung überlassen einem Präsidenten und einer Leitung von alten Parlamentsopportunisten, die ganz vorzüglich links deklamieren und rechts handeln können.

Wie ganz anders aber verlief der diesmalige Kongreß! Die parlamentarische Fraktion der Radikalen, die bis auf ein ganz kleines Häuflein Herriot gefolgt sind und zu Poincarees Majorität gehören, war diesmal ratlos und führerlos. Herriot selbst ist abgespielt, abgetan, ja durch einen jüngsten Protektionsskandal sogar unmöglich geworden. Caillaux, Herriots wildester Gegner, der schon zweimal versagt hat, ist natürlich zum drittenmal ebenfalls unmöglich. Die zweitrangigen Opportunisten aber hatten zu viel Angst vor einem Mißerfolg, und wagten daher nicht auf die Führerschaft zu aspirieren. So kam Herr **Daladier** ans Ziel: fast ohne Gegenkandidaten, wurde er zum Präsidenten und Führer der Partei gewählt.

Ueberraschung im großen Publikum, Verblüffung bei der Reaktion, Wut bei den Leuten um Herriot und Poincaree.

Warum? Ist etwa Herr Daladier der leibhaftige Gottseibeiuns oder ein blindwütiger Draufgänger, von dem die alten Bonzen der radikalen Partei die Zertrümmerung ihrer Partei erwarten?

Nichts von alledem. Wer Herrn Daladier kennt, weiß, daß dieser noch verhältnismäßig junge Mann, zu Beginn der vierzig, schon viermal Minister gewesen und sehr vernünftig, sehr ruhig, sehr überlegt ist; ein klarer Kopf, der zum Unterschied von der Mehrzahl seiner Parteigenossen, weiß, was er will, und auch Energie genug hat, es durchzuführen.

Woher nun die Wut gegen ihn? Herr Daladier hat es gewagt, seit dem Eintritt der Radikalen in die Majorität Poincarees, konsequent gegen diese Majorität und gegen das Kobinett Poincaree zu stimmen. Seither galt er mit den zehn oder fünfzehn andern, die das gleiche taten, als verlorenes Schaf. Und nun wird gerade dieser Mann zum Präsidenten und Führer der Partei gewählt! Allerdings nur mit 420 von 768 Stimmen, also mit keiner überwältigenden Majorität, aber das ändert doch nichts an der Tatsache, daß Herr Daladier und sein kleines Häuflein jetzt die Führer der Radikalen sind.

Wie das kam? Durch eine richtige Parteirevolution. Die Partei hat sich gegen ihre Abgeordneten empört. Die Parlamentarier haben fast ausnahmslos gegen Daladier nicht nur gestimmt, sondern auch weidlich gegen ihn intrigiert. Herriot wurde ins Feuer geschickt, und sogar auch Poincaree, der erklärt haben soll, daß die Wahl Daladiers einer Kriegserklärung an das jetzige Kabinett gleichkäme. Alle möglichen Mittelchen wurden versucht, man erzählte am Kongreß nach der Wahl Daladiers werde Poincarees sofort demissionieren, und eine finanzielle Katastrophe sei unvermeidlich. Aber die Provinzdelegierten, also die eigentliche Partei, ließen sich nicht schrecken und stimmten allesamt für Daladier.

So wurde es denn klar, daß Herr Daladier die Linksstimmung der Bürgerlichradikalen im Lande repräsentiert — und schleunigst beeilte sich eine ganze Reihe von Herriotisten ihm sofort zu huldigen, mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen.

Daß Herr Daladier seine Partei mit Energie nach links steuern, und damit die Wahlkompromisse, mit der sozialistischen Partei erleichtern wird, ist zweifellos. Ob er aber auch das innere Gefüge seiner Partei wird ändern können, ist eine andre Frage. Mit seinen jetzigen Abgeordnetenkollegen ist das undurchführbar; mußte er doch schon ihnen zuliebe zulassen, daß das „Experiment Poincaree“ bis zu den Wahlen weitergeführt werde. Die Radikalen wollen eben beides haben: bis zur Wahl die Vorteile der Regierung und bei der Wahl die der Opposition.

Will aber Herr Daladier im nächsten Parlament eine Partei, die geeignet ist, das radikale Programm durchzuführen und den Forderungen der Kleinbürger, die sie vertritt, Rechnung zu tragen, dann muß er dafür Sorge tragen, daß die große Mehrzahl der jetzigen Abgeordneten seiner Partei umgetauscht werde.

Die Stimmung im Lande — der Kongreß hat es bewiesen — ist dafür. Dort will man nicht nur die Loslösung der Radikalen von den großen Finanzmächten, sondern verlangt ihre energische Bekämpfung, sowie daß endlich ein Anfang gemacht werde mit den allerdringlichsten sozialen Reformen.

Freilich, versprochen haben dies die Gewählten der Kleinbürger immer. Sobald sie aber im Parlament drinnen saßen, vergaßen sie ihre Versprechen und nahmen Dienste beim Großkapital und bei der Reaktion. Fast alle heutigen Kämpen der Reaktion kommen aus dem Lager der Radikalen. Daß sich dies nicht wiederhole, dazu würde es einer Kraftanstrengung bedürfen, deren weder Herr Daladier noch die Partei in ihrem heutigen Zustand fähig scheint.

Sozialistischer Vormarsch

Stadtsratwahlen im Freistaat Oldenburg.

Oldenburg. In den Stadtgemeinden des Freistaates Oldenburg fanden gestern die Stadtratswahlen statt. Die Ergebnisse sind folgende: In **Oldenburg** entfielen auf die sieben Wahlvorschläge: Einheitsliste, Dtn. Volkspartei, Dt. Volkspartei, Stahlhelm und Handwerk 50 (bisher 20) Sitze, Hitlerbewegung 1 (1), Demokraten 7 (7), Zentrum 1 (1), Steuerzahlerschutz 3 (0), Sozialdemokraten 10 (8), Kommunisten 2 (2). Dazu treten noch als Vertreter von Landgemeinden 1 Vertreter der Gemeinschaftsliste und 1 Vertreter der Landbundliste.

In **Rüstringen** erhalten Sozialdemokraten 16 Sitze (bisher 14), Bürgerl. Einheitsliste 8 (10), Sozialnationale Liste 1 (1), Volksrechtspartei 0 (0), Kommunisten 1 (1). In Nordenham verteilen sich die Stadtratsmandate auf: 15 Bürgerl. (bisher 18) 16 Sozialdemokraten (12), 1 Kommunist (1). In **Jever** entfielen auf die Sozialdemokraten 4 Sitze, auf die Beamtenliste 3, die wirtschaftl. Liste 8, die bürgerl. Liste 1, die unpolitische Bürgerliste 2 Sitze. In der Stadt **Varel** erhalten: die bürgerliche Einheitsliste 7 Sitze (bisher 10), Demokraten 2 (2), Angestellten 1 (0), Sozialdemokraten 6 (5), Kommunisten 2 (1), Volksrechtspartei 0 (0).

Die Wahlen sind im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug in Oldenburg selbst 64 Prozent. In den übrigen Gemeinden bis zu 80 Prozent.

Ausländer-Razzia in Paris

105 Verhaftungen.

Paris. Die von der Pariser Polizei veranstaltete **Ausländer-Razzia** hat in der abgelaufenen Nacht ein besonders reiches Ergebnis gehabt. Im 8., 10. und 18. Bezirk wurden nicht weniger als 105 **Verhaftungen** vorgenommen. Der Polizei ist dabei u. a. ein seit langem gesuchter **Agitator der Sowjets** in die Hände gefallen. Es handelt sich dabei um den Sekretär der 3. Internationale für die lateinischen Länder, einen Schweizer Staatsangehörigen namens **Droz**. Seine Ankunft war der Polizei bereits vor Wochen gemeldet worden; alle Nachforschungen nach ihm waren aber ergebnislos geblieben, so daß die Polizei sich darauf beschränken mußte, einen Ausweisungsbefehl gegen ihn zu erlassen. Droz ist in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Ein Attentatsplan gegen „König“ Michael?

Bukarest. In der nunmehr erhobenen Anklage gegen Manoilescu wird dieser des Attentats auf die Person des Königs Michael beschuldigt, weil er für eine Aenderung der Verfassungsakte vom 4. Januar 1926 (Thronverzicht des Kronprinzen Carol!) eingetreten ist. Die Gerichtsverhandlung, deren Ort noch nicht festgesetzt ist, wird am Donnerstag beginnen. Manoilescu hat eine Reihe von Zeugen namhaft gemacht, die sowohl den Regierungsparteien als auch der Opposition angehören, darunter Manin, Jorga, Petrowitschi, George Bratianu und Titulescu.

Frankreichs Marinerüstungen

Paris. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht über das Budget des **Marineministeriums** verlangt die Regierung für das laufende Finanzjahr Kredite in Höhe von 2.252 Millionen, von denen 1.573.367 Millionen Franken für neue **Kriegsschiffe** vorgesehen sind. Das Journal schreibt in diesem Zusammenhang: „Feilschen wir nicht um die nötigen geldlichen Opfer, besonders nicht nach dem Mißerfolg der Seeabrüstungskonferenz und angesichts der Pläne unserer Nachbarn am Mittelmeer.

Die Moskauer Revolutionsfeiern

Kowno. Nach Meldungen aus Moskau begannen dort Sonntag-Vormittag die Feierlichkeiten aus Anlaß des 10. Jahrestages der Sowjet-Republik. **Stalin** und **Bucharin** nahmen in Ansprachen zur politischen Lage Stellung, in denen sie feststellten, daß sich die Politik der Sowjetunion, sowie die wirtschaftliche Lage gebessert hätten. Die Sowjetregierung werde neue Mittel für die Agrarreform zur Verfügung stellen. Die siebenstündigen Arbeitstage seien überall eingeführt.

Montag vormittag wird unter Leitung des Kriegskommissars **Woroschilow** eine große Parade vor den Spitzen der Sowjet-Republik stattfinden. Stalin veröffentlicht in der „Prawda“ anläßlich des 10jährigen Feiertages der Sowjet-Union einen Artikel, in dem er u. a. erklärt, die Oktoberrevolution habe bewiesen, daß das Proletariat mit weit besserem Erfolg regieren könne als die bürgerlichen Kreise. Die Front des Bürgertums sei überall durchbrochen. Die kapitalistischen Regierungen seien gezwungen gewesen, Vereinbarungen mit der Sowjetrepublik zu treffen. Die Oktoberrevolution habe auch in den Kolonien Erfolg gehabt, die man die Kolonial-Revolution nennen könne. Die Sowjetrepublik sei auch hier bereit, um ihre Existenz zu kämpfen, aber auch der Kapitalismus habe den Kampf gegen das Proletariat noch nicht aufgegeben.

Moskau. Der Regierungserlaß über die **Amnestie ist veröffentlicht** worden. Danach werden die zur Todesstrafe Verurteilten zu **zehnjähriger** Gefängnisstrafe begnadigt. Ihr Eigentum wird eingezogen. Zu mehr als einjähriger Gefängnisstrafe Verurteilte werden **freigelassen**, wenn zwei Drittel der Strafe bereits verbüßt sind. Strafen unter sechs Monaten werden **völlig erlassen**. Alle von Gerichten oder Verwaltungsorganen wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit während des Bürgerkrieges bis zum 1. Januar 1923 verurteilten Werktätigen werden **freigelassen**. Von der Amnestie sind aktive Mitglieder politischer Parteien ausgenommen, die den Sturz der Sowjetordnung anstreben, sowie wegen böswilliger Unterschlagung und Bestechung Verurteilte.

Um das Streikrecht der Beamten in Oesterreich

Wien. Bundeskanzler **Seipel** hat, wie gemeldet, heute vormittag zu Beginn der Verhandlungen mit den Beamten die Frage der **Aufhebung des Streikrechts der Beamten und Angestellten** angeschnitten, doch scheint es nach seinen heute nachmittag abgegebenen Erklärungen nicht so, als ob diese Frage erledigt werden müßte, bevor überhaupt in die Erörterung der Besoldungsfrage eingetreten wird. Die Aufhebung des Streikrechts der Beamten muß ohnehin vom Parlament beschlossen werden und wird hier auf den **scharfen Widerstand** der sozialdemokratischen Opposition stoßen.

Zur Haussuchung bei den ukrainischen Abgeordneten

Der ukrainische Abg. **Podhirski**, in dessen Wohnung die Haussuchung am **Freitag** vorgenommen wurde, sprach gestern beim Sejmmarschall **Rataj** vor und schilderte diesem den Verlauf der Haussuchung. Er protestierte nochmals gegen die Vergewaltigung der Abgeordnetenimmunität und bat den Sejmmarschall um Intervention. Abg. Podhirski stellte ganz kategorisch fest, daß die Koffer wie auch die vorgefundenen Drucksachen **ihm nicht gehören**. Bei der Leibesrevision haben die Beamten ihm zwei Notizbücher, worin er ein persönliches Tagebuch führte, abgenommen. Während seiner bisherigen Tätigkeit habe er sich **nie** mit den Kommunisten abgegeben, da er ein Gegner des Kommunismus ist, und sich nur um **nationale** Interessen der Ukrainer gekümmert.

13 Millionen Einwohner in der Türkei

Berlin. Nach einer Morgenblättermeldung aus **Angora** beläuft sich die Einwohnerzahl für die ganze Türkei, ausgenommen Stambul, nach der letzten Volkszählung auf etwas über 12 Millionen. Die Bevölkerung von Stambul wird auf 800 000 bis 1 Million geschätzt. Angora zählt 74 784 Einwohner.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von **Sax Rohmer.**

17)

Ungefähr eine Viertelstunde später ließ seine Tochter mich zu sich rufen. Ich folgte dem Hausmädchen nach einem kleinen, achteckigen Gemach, in dem Greba Eltham mich erwartete. Sanftes Kerzenlicht umschmeichelte die weichen Linien Ihres lieblichen Gesichts und glänzte in den Locken des üppigen Braunhaars.

Als sie meine erste Frage nach ihrem Befinden zufriedenstellend beantwortet hatte, zauderte sie in reizender Verwirrung, das Gespräch seinem eigentlichen Zweck zuzulenken.

„Wir möchten gern in Erfahrung bringen, was Ihnen einen solchen Schreck eingejagt hat, gnädiges Fräulein!“ tastete ich vorsichtig.

Sie biß sich auf die Lippen und blickte verstört nach dem Fenster. „Ich scheute mich, es Vater zu erzählen,“ begann sie mit leisem Zögern. „Er wird glauben, es sei vage Einbildung. Ihnen aber will ich es sagen: Es waren zwei grüne Augen! O, Herr Doktor, sie starrten zu mir her von den Stufen, die nach dem Grasfeld führen. Und sie glühten wie die Augen einer Katze.“

Eine seltsame Empfindung beschlich mich. „Wissen Sie bestimmt, daß es keine wirkliche Katze war?“

„Dafür waren die Augen zu groß. Etwas unsagbar Unheimliches lag in ihnen. Ich schelte mich selber töricht, weil ich in zwei Tagen nun zweimal ohnmächtig geworden bin. Aber die Spannung reißt zu sehr an meinen Nerven. Vater,“ — sie wurde entzückend vertraulich, wie es eine Frau manchmal einem taktvollen Arzt gegenüber zu sein wagt — „Vater glaubt, daß wir hier vor allem geschützt seien, was uns auch bedrohen mag. Aber er täuscht sich. Denn seit unserer Rückkehr treibt jemand Fremdes hier auf Redmoat sein Unwesen.“

„Was denken Sie sich dabei, gnädiges Fräulein?“

„Oh, ich weiß das alles nicht zu deuten. Vernon erzählte mir, daß ein widerlicher Chinese Herrn Smith nach dem Leben trachte. Und wenn etwa der gleiche gelbe Teufel meinen Vater umbringen will, warum hat er das dann noch nicht ernstlich versucht?“

„Ich fürchte, daß ich Sie kaum völlig verstehe.“

„Das glaube ich. Aber bedenken Sie: Der Mann im Zuge! Er hätte uns beide mit Leichtigkeit ermorden können! Und heute nacht — war jemand in Vaters Schlafzimmer.“

„Im Schlafzimmer?“

„Ich lag lange wach und hörte mit einemmal ein leises Geräusch. Mein Zimmer grenzt an das meines Vaters. Ich klopfte gegen die Wand, und er erwachte. Aber ihm schien nichts verdächtig, und daher gab ich vor, das Heulen des Hundes habe mich ängstlich gemacht.“

„Haben Sie denn irgend etwas gesehen?“

Sie blickte unentschlossen zu Boden und drückte die Fingerspitzen gegeneinander. „Als Vater fragte, warum ich geklopft hätte, blickte ich aus dem Fenster. Das Mondlicht erhellte nur die eine Hälfte des Grasfeldes, die andere lag im Schatten. Und in diesem Schatten verschwand ganz schnell etwas, wie ein langer, magerer Körper von brauner Farbe mit Querstreifen.“

„Haben Sie auch etwas gehört?“

„Ein zischendes Geräusch im Unterholz; danach nichts mehr.“

Sie blickte mich voller Erwartung an. Ihr Vertrauen dünkte mich sehr schmeichelhaft, obwohl ich wußte, daß ich nur eine Art Beichtvater für sie war.

„Haben Sie denn keinerlei Vermutung,“ forschte ich weiter, „wie es kam, daß Sie gestern im Eisenbahnzug erwachten, und Ihr Vater nicht?“

„Wir hatten im Erfrischungsraum Kaffee getrunken; der mag wohl vergiftet gewesen sein. Ich selbst habe so gut wie nichts davon genossen, weil sein Aroma mir nicht behagte. Vater aber, als abgebrühter Reisender, hat die ganze Tasse geleert.“

In diesem Augenblick rief Pfarrer Eltham von unten herauf.

„Herr Doktor,“ setzte das Mädchen noch schnell hinzu, „was will man meinem Vater antun?“

„Ich wollte, ich wüßte es!“

„Vielleicht denken Sie noch einmal nach über das, was ich Ihnen erzählt habe. Denn ich bin sicher, daß hier auf Redmoat etwas existiert — etwas, das heimlich kommt und geht, ohne sich von Vaters ‚Verteidigungsanlagen‘ stören zu lassen. Auch Cäsar weiß es. Hören Sie nur! Er zerrt so heftig an seiner Kette, daß man sich nicht wundern dürfte, wenn sie zerrisse.“

Während wir hinabgingen, erscholl wieder und wieder das unheimliche Geheul des Hofhundes, begleitet von rasselndem Klirren, wenn er sich wuchtig gegen seine Kettenfessel warf.

Ich saß an diesem Abend noch eine Zeitlang im Zimmer meines Freundes, der rauchend und grübelnd auf und ab ging.

„Eltham besitzt offenbar einflußreiche chinesische Freunde,“ warf er hin. „Aber sie wollen ihn jetzt nicht in Nanjang haben. Er kennt das Land zu genau — er würde zuviel sehen! Es scheint, daß seine Vorsichtsmaßregeln die Pläne des Feindes einigermaßen in Verwirrung gebracht haben. Der Anschlag im Eisenbahnzug verrät die Absicht, keine Gelegenheit ungenutzt verstreichen zu lassen. Aber während Eltham abwesend war — nebenbei bemerkt: er bestellte seine Tropenausrüstung — hat man hier einen zweiten Pfeil auf den Bogen gespannt. Falls sich also vor seiner Rückkehr keine Gelegenheit bot, sorgte man dafür, ihn hier erreichen zu können!“

„Aber wie, Smith?“

„Das eben ist ja das Geheimnis! Aber der tote Hund im Unterholz gibt zu denken.“

„Glaubst du, daß sich augenblicklich ein Gehilfe Fu-Mandschus in Redmoat aufhält?“

„Es ist eigentlich unmöglich, Petrie! Du denkst an geheime Gänge und ähnliches? Die gibt es nicht. Eltham hat das ganze Terrain geprüft. Es ist nicht ein Mauseloch vorhanden, das er nicht gesehen hätte. Auch ein Tunnel unter dem Graben kommt nicht in Frage. Das Haus steht auf festem, massivem römischen Mauerwerk. Ich habe einen sehr alten Geländeplan in Händen gehabt. Es gibt weder einen Eingang noch einen Ausgang, außer über die Stufen nach dem Grasfeld zu. Und doch —: Wie konnte der Hund umgebracht werden?“

Ich klopfte meine Pfeife im Kamin aus. „Wir befinden uns inmitten der Gefahr!“

„Wir sitzen immer mitten drin. Hier in Norfolk ebenso wie sonst in London. Wenn man nur erst klar sähe! Der Mann mit dem Instrumentenkästchen: Was für Instrumente waren es!? Dann die grünen Augen heute nacht, von denen du mir berichtetest. Waren es etwa gar die Augen Fu-Mandschus? Wird etwas ganz Besonderes geplant — etwas, das die persönliche Anwesenheit des Chefs erfordert?“

„Vielleicht will er Eltham davon abhalten, England zu verlassen; jedoch ohne ihm ans Leben zu gehen.“

„Möglich! Er hat wahrscheinlich Instruktionen, Gnade zu üben. Aber Gott möge dem Opfer chinesischer Gnade ein barmherziger Helfer sein!“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Generalversammlung der Vorstände der Selbsthilfevereinigung

Die Selbsthilfevereinigung der stellungslosen Hand- und Kopfarbeiter hielt am Freitag, den 4. November in der Strzecha-Gornicza ihre Generalversammlung ab. Außer Organisationsfragen, befaßte man sich mit wichtigen Arbeitslosenfragen, u. a. mit der Kartoffeln-, Kohle- und Naturalienbelieferung. Nach einer lebhaften Diskussion aller Ortsvorsitzenden, wurde, infolge der Teuerung und ungenügender Unterstützung einstimmig der Beschluß gefaßt, sich an die Rada Wojewodska zu wenden, an die Forderungen gestellt werden:

1. Zuweisung von weiteren 2 Zentnern Kartoffeln pro Kopf der Familie, welche im Frühjahr zur Verteilung gelangen sollen, was noch ausführlich begründet werden soll.

2. Belieferung von 2 Tonnen Kohle an Verheiratete und eine Tonne Kohle an ledige Arbeitslose.

3. Naturalien zu Weihnachten an alle Arbeitslosen.

4. Anschaffung und Verteilung von Kleidungsstücken nebst Schuhwerk.

Des weiteren wurden Klagen über ungerechte Zuweisung von Winterkartoffeln aus sämtlichen Ortschaften vorgebracht. Nach Erledigung von verschiedenen Arbeitslosenfragen, wurde die Generalversammlung der Vorsitzenden der Ortsgruppen, nach 4½stündiger Dauer geschlossen. Eine weitere Konferenz sämtlicher Delegierten der Wojewodschaft findet im Dezember statt, zu welcher ein Wojewodschaftsvertreter eingeladen werden soll.

Allgemeine Schlachtvieh-Ausstellung

Die Stadt Myslowitz beabsichtigt die Eröffnung des Zentralviehmarktes in Myslowitz zugleich mit einer allgemeinen Schlacht- und Großvieh-Ausstellung vor sich gehen zu lassen. Ferner sollen neben dem Schlachtvieh auch Fleischprodukte, sowie Zubereitungsmaschinen, Aufbewahrungsbehälter, Apparate usw. vorgezeigt werden. Die Ausstellung ist in einer großzügigen Weise gedacht und soll alle Zweige der Fleischindustrie bis zur Viehzucht umfassen

Man beabsichtigt die vorerwähnte Ausstellung in den Monaten Mai bezw. Juni n. Js. abzuhalten. Um nun die Gewähr dafür zu haben, daß die Ausstellung den gewünschten Erfolg zeitigt, sollen alle notwendigen Vorbereitungsarbeiten zwecks raschester Ausführung einem besonderen Komitee übertragen werden. Dieses Komitee soll auf einer Sitzung, welche am Mittwoch, den 9. d. Mts. im Stadtverordnetensitzungssaal in Myslowitz stattfindet, ins Leben gerufen werden. Gleichzeitig werden auf dieser Sitzung die notwendigen Vorbesprechungen gepflogen.

Wo wird die neue Gartenbauschule eröffnet?

Schon seit längerer Zeit ist die Einrichtung einer Gartenbauschule für die Wojewodschaft Schlesien erwogen worden und der Plan zur Durchführung gelangt, nachdem auch die Wojewodschaft hierfür ein reges Interesse bezeigt und entsprechende Zuschüsse bewilligt hat. Mit der Eröffnung dieser neuen Schule, welche durch die schlesische Landwirtschaftskammer, Sitz Kattowitz in Strumien (früher Schwarzwasser) im Kreise Bielitz eingerichtet wird, soll am 1. März n. Js. begonnen werden. In der Hauptsache sollen die Kursusteilnehmer mit dem Obst- und Gemüsebau, sowie Bienen- und Seidenraupenzucht vertraut werden. Die notwendigen Gebäude für die Unterbringung der Gartenbauschule, aber auch eine große Bodenfläche mit Gartenland für den Anbau von Gemüse, Obst usw. sowie Errichtung von Gewächshäusern sind bereits vorgesehen. Als Schüler werden Söhne in erster Linie von Kleinbauern und Landwirten aufgenommen, welche Feldgemüse- und Feldobstanbau betreiben wollen. Nähere Informationen werden seitens der schlesischen Landwirtschaftskammer zur gegebenen Zeit noch erteilt.

Die Arbeitslosen in der Wojewodschaft

Ein Abgang von 417 Arbeitslosen war in der Woche vom 26. Oktober bis einschließlich 2. November d. Js. in der Wojewodschaft festzustellen. Die Gesamt-Arbeitslosenziffer am Schluß der Woche betrug 36 749 Personen. Geführt wurden u. a. 41 961 Bergarbeiter, 2 760 Eisenhüttenarbeiter, 2 069 Metallhüttenarbeiter, 187 Arbeitslose aus der Tuchbranche, 588 Bauarbeiter, 1 200 qualifizierte und 11 582 nichtqualifizierte Arbeiter, 245 Landarbeiter, 570 Erwerbslose aus der Papier-, Holz- und chemischen Branche, sowie anderen Berufsgruppen, sowie 2 587 Kopfarbeiter. Insgesamt 22 196 Beschäftigungslose kamen als Unterstützungsempfänger in Frage.

Eine Schikane

An alle früheren Arbeitslosen, welche in Deutsch-Oberschlesien beschäftigt sind und in den Werkswohnungen der Giesche-gruben wohnen, hat die Bergverwaltung den betreffenden per Einschreibebrief die Wohnungen gekündigt. Nach diesem Kündigungsschreiben müssen die Wohnungen bis zum 1. Dezember dieses Jahres geräumt werden, mit der Bemerkung, sich im Laufe dieser Frist in Deutsch-Oberschlesien, Wohnung zu verschaffen. Da die Werkswohnungen dem Mieterschutzgesetz seit dem 1. Januar 1927 unterliegen, und die Mieter ihre Miete sogar mit 80 Prozent Mietsaufschlag pünktlich entrichten, ist zur Räumung derselben keiner verpflichtet, falls den Mietern keine dementsprechenden Wohnungen zugewiesen werden.

Ein Motorwagen auf der Strecke Kattowitz—Krakau

Vom 15. November ab wird auf der Strecke Kattowitz—Krakau ein elektrischer Motorwagen verkehren, der von einer deutschen Firma erbaut ist, die den Betrieb des Wagens auch versuchsweise für drei Monate gepachtet hat. Der Wagen wird die 80 Kilometer lange Strecke Kattowitz—Krakau in 1½ Stunden zurücklegen, wobei er nur in Myslowitz, Szczakowa, Trzebinia und Krzeszowice halten wird. Abfahrt Kattowitz 9,30 und 16 Uhr, Ankunft in Krakau 11 Uhr und 17,30 Uhr. Abfahrt Krakau 7 und 13,30 Uhr. Ankunft in Kattowitz um 8,30 und 15 Uhr.

Die dunklen Wege der polnischen Kommunalpolitik

Die polnische Kommunalpolitik ist jung und unerfahren, und sie zeitigt Früchte, die selbst für die Polen alles andere, nur nicht angenehm sind. Oberschlesien ist und bleibt ein gemischtes Gebiet und selbst, wenn auch keine Genfer Konvention da wäre, könnte sich nur ein solches System einbürgern, daß die Interessen beider Volksteile berücksichtigt. Das bezieht sich hauptsächlich auf das kommunale Gebiet. Die Interessen der deutschen Minderheit auszuschalten, ist unter Vernichtung der Selbstverwaltung gleichbedeutend. Die schlesischen Gemeinden stehen sehr günstig ab von den Gemeinden des ehemaligen Kongreßpoler und Galizien und das haben sie lediglich ihrer Selbstverwaltung zuzuschreiben. Sie befinden sich in einem Stadium der Weiterentwicklung und die letzten Ereignisse bedrohen diese Entwicklung von allen Seiten. Die Selbstverwaltung der schlesischen Gemeinden ist auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht der Vertreter aufgebaut und Herr Ulitz konnte sich mit Recht in seiner Beschwerde an die Gemischte Kommission wegen Benachteiligung der deutschen Minderheit in der Kattowitzer kommissarischen Rada, auf das Wahlergebnis vom 4. November 1926 berufen. Eine genauere Statistik über die Stärkezahl der beiden Stationen in Kattowitz haben wir nicht und das Wahlergebnis ist die verläßlichste Statistik, weil sie die Letzte ist. Wir sind sogar überzeugt, daß eine eventuelle Volkszählung nicht nur die Bestätigung dieser Statistik bringen würde, aber sie würde sicherlich eine weitere Verschiebung zugunsten des deutschen Volksstammes bringen. Den polnischen Behörden steht es frei, sich jederzeit von dieser Tatsache zu überzeugen. Das Material für die Volkszählung dürfte in den Starosteien noch herumliegen. Allerdings weiß die „Polska Zachodnia“, eine andere „Statistik“ anzuführen.

Zum Vergleiche zieht sie die Schulstatistik in ihrer Nummer 263, vom Freitag an, und sagt, daß in den polnischen Schulen 66,2 Prozent Schulkinder in Groß-Kattowitz sitzen, und nur 33,8 Prozent in der deutschen Minderheitsschule. Von den neu eingetragenen Kindern wurden 70 Prozent der polnischen und 30 Prozent der deutschen Minderheitsschule zugeführt. Das Blatt zieht daraus den Schluß, daß aufgrund dieser „Statistik“, in der kommissarischen Rada ⅔ Polen und ⅓ Deutsche sitzen können. Wir erlauben uns diese Schulstatistik anzuzweifeln und wäre sie sogar wahr gewesen, so beweist sie gar nichts. Was hat die Schule mit der Stadtverordnetenversammlung zu tun, in der doch keine Kinder, sondern erfahrene Kommunalpolitiker zu entscheiden haben? — Die Sanacja Moralna, scheint sich durch ihre Kommunalpolitik ganz und gar in die Brennessel gesetzt zu haben, was nicht nur allein aus der Schulstatistik hervorgeht. Das bereits zitierte Blatt, die „Polska Zachodnia“ droht fürchterlich. Sie sagt, daß die Sanacja Moralna die richtigen Konsequenzen aus der Boykotterklärung der kommissarischen Rada, durch die Deutschen ziehen wird und den Kampf siegreich durchführen werde. Weiter befindet sich noch nachstehende Drohung: „Es muß festgestellt werden, daß der „Volksbund“ den Kampf sucht, und die Boykotterklärung der kommissarischen Rada durch die Herrn Ulitz und Pant bedeutet eine Kampfankündigung. Wollt ihr den Kampf, dann gut, sollt ihr haben. Wir werden sehen wer dabei besser fährt“. So also sieht die Kommunalpolitik der Sanacja Moralna aus. Sie droht, sie schlägt mit der Faust auf den Tisch, und beruft sich auf eine Statistik, die keine Statistik ist. Wer solche Argumente hervorbringt, der hat Unrecht. Diese Wutanfälle bewiesen am besten, daß die Beschwerde des „Volksbundes“ begründet ist.

Wie erlangt man Ausweispapiere aus Rußland?

Das Außenministerium hat ein Rundschreiben an die ihm unterstellten Behörden erlassen, worin diesen angeordnet wird, Gesuche um Zustellung von alten in Rußland zurückgebliebenen Dokumenten entgegenzunehmen. Der Interessent muß ein entsprechendes Gesuch an das Kosularamt des Außenministeriums, versehen mit einer gewöhnlichen Stempelgebühr, senden. Das Amt setzt dann die Gebühr fest, die eingesandt werden muß, damit die betreffenden Papiere aus Rußland herbeigeschafft werden können. Von je einem Personalausweis werden drei Dollar also etwa 27 Zloty Gebühren erhoben. Gleichzeitig wird das Konsularamt eine Bescheinigung an den Gesuchsteller absenden, die der betreffende Bittsteller an das ihm von dem Konsularamt angezeigte polnische Konsulat in Rußland einsenden muß, von wo aus er seine Papiere dann erhalten kann. Die angegebene Summe muß nicht an das hiesige Konsularamt des Außenministeriums, sondern effektiv an das betreffende Konsulat in Rußland eingesandt werden. Handelt es sich jedoch um minderbemittelte Personen, so ist dem ersten Gesuch an das Konsularamt des Ministeriums ein Armutszeugnis beizulegen.

Kattowitz und Umgebung

Klavierabend Ellen Epstein-Berlin.

In Ellen Epstein, die ja den Kattowitzern wohlbekannt sein dürfte, lernten wir ein noch junges, aber strebsames Talent auf dem Gebiete der Pianistik kennen. Ihre Ansätze sind durchaus zufriedenstellend, Fingertechnik und Anschlag sind gut, auch die Auffassung der Vortragsstücke läßt mehr denn eine Durchschnittskünstlerin in Fräulein Epstein vermuten. Immerhin muß einiges noch gefeilt und geschliffen werden, die ganze Art der Darbietung könnte ruhiger und abgeklärter vor sich gehen.

Das Programm brachte als ersten Punkt Schubert's „Impromptu Bdur Op. 142,3“, welches geläufig und nett zu Gehör gelangte. Beethoven's „Sonate Es-dur Op. 7“ klang mitunter zu hart im Anschlag, auch hätte die Pedalbehandlung sauberer sein können. Was aber fehlte, waren die dynamischen Stufungen, was zu ruckweisen Uebergängen führte und das Ganze zu einem zeitweise unausgeglichenen Bravourstück machten. Im angenehmen Gegensatz standen dazu 3 Chopin-Etüden, die flüssige Technik, scharfe Rhythmik und ein weiches Piano aufwiesen. Als letztes spielte Ellen Epstein „Sonate Fis-moll Op. 2“ von Brahms, deren Themen klingend und routiniert erarbeitet waren, nur ist auch hier die zu harte Baßbehandlung im Forte zu bemängeln.

Die geringen Fehler mögen die aufwärtsstrebende Künstlerin nicht entmutigen, ihre Begabung und ihr ernsthafter Drang nach Gestaltung klassischer Musik, werden ihr sicher und restlos den Weg zur Höhe zeigen. Es hat uns gefreut, auch einmal eine Künstlerin mitten im Entwicklungsgang kennen zu lernen. Ellen Epstein wird nicht in der Mitte des Weges stehen bleiben, bei fleißiger Arbeit an sich selbst ist ihr der Erfolg in nicht zu langer Zeit beschieden.

Zwar hätte der Saal des Vereinshauses besser besucht sein können, aber dafür war der Beifall umso herzlicher. Auch Blumen gab es. Wir wünschen der jungen Künstlerin nur Glück in ihrer weiteren Laufbahn!

A. K.

Achtung Parteigenossen und Genossinnen von Groß-Kattowitz!

Die Parteiorganisation von Groß-Kattowitz beruft für Freitag, den 11. November d. Js., nach dem Zentralhotel eine Mitgliederversammlung ein, die eine Entscheidung über die Teilnahme an der kommissarischen Vertretung der Stadt Kattowitz durch die D. S. A. P. herbeiführen soll.

Die Vorstände der Organisation haben am Sonnabend im Beisein des Bezirksvorstandes beraten, und haben beschlossen, die Entscheidung den Parteimitgliedern zu überlassen. Die Versammlung findet pünktlich um 7½ Uhr statt. Referenten sind Genosse Dr. Wolff und Korreferent Gen. Hanisch. Mitgliedsbuch legitimiert, Ausweise der Kulturvereine berechtigen nicht zur Stimmabgabe. Es ist dringende Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen von Groß-Kattowitz vollzählig zu erscheinen.

Allgemeine Wohlfahrts-Fürsorge im Stadt- und Landkreis Kattowitz. Neben anderen dankenswerten Maßnahmen ist durch die Einrichtung von Milch- und Suppenküchen, welche durch besondere Zuschüsse der Wojewodschaft, sowie allgemeine Spenden und Zuwendungen erhalten werden, ist auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge fortschrittliche Arbeit geleistet worden. Arbeitslose, Ortsarme, Obdachlose erhalten in den Suppenküchen kostenlose Mittagsportionen und machen von dieser Einrichtung Gebrauch. In den Milchküchen werden unbemittelten Frauen und stillenden Müttern für ihre Säuglinge auf ärztliche Anordnung entsprechende Milchquanten, Gebäck etc., zugewiesen. Schließlich sind noch die Mütterberatungsstellen vorhanden, woselbst speziell jungen Müttern bei Kindererkrankungen, sowie in bezug auf die Gesundheit und Pflege der Kinder mit Rat und Tat beigestanden wird. Im Stadt- und Landkreis Kattowitz sind zunächst 19 Milchküchen vorhanden und zwar im Rathaus Bogutschütz, städt. Kinderkrankenhaus auf der ulica Raciborska, Jugendheim Zalenze, ferner in den Gemeinden Bielschowitz, Eichenau, Schoppinitz, Neudorf, Rosdzin, Myslowitz, Kuntzendorf, Hohenlohehütte, Chorzow, Halemba, Michalkowitz, Bukowine, Brzezinka, Makoschau, Siemianowitz, Kochlowitz. Zu bemerken ist hierbei, daß im Landkreis außerdem vielfach Milch usw. in den Klein-Kinderschulen (Spielschulen) verabfolgt wird. Die Anzahl der bestehenden Suppenküchen ist die gleiche. Dieseben befinden sich bezw. sind untergebracht worden: Im Vereinshaus St. Maria sowie St. Peter-Paul in Kattowitz, Barmherzigen Brüderkloster, ferner Markiefkastift in Bogutschütz, Elisabethstift Kattowitz, früheren Schlafhaus der Baildonhütte, Hedwigsstift, alsdann in den Ortschaften Paulsdorf, Janow Brzeziny, Bielschowitz, Eichenau, Schoppinitz, Neudorf, Rosdzin, Kuntzendorf Hohenlohehütte, Makoschau. In Michalkowitz soll die alte Suppenküche, welche inzwischen eingegangen ist, wieder eröffnet werden. Zurzeit werden in dieser Ortschaft Bons ausgegeben, wofür Lebensmittel bei den Kaufleuten bezogen werden können.

Nach dem letzten Tätigkeitsbericht für Monat September sind lediglich in den Suppenküchen des Landkreises rund 105 100 Mittagsportionen an arme und bedürftige Personen verausgabt worden. Zur Deckung der Unkosten wurden über 20 000 Zloty benötigt.

Unternehmermethoden. Seit einem Jahre ist auf dem neuerworbenen Feldgelände bei Borken zwischen Eichenau und Rosdzin eine neue Grubenanlage in Betrieb gesetzt worden, welche heute 60 Arbeiter beschäftigt. Nach dem Betriebsrätegesetz (§ 15) steht den betreffenden Arbeitern das Recht zu, ihre eigene Betriebsvertretung zu wählen. Zu diesem Zwecke wurde eine Belegschaftsversammlung einberufen und aus den Reihen der Versammelten wurde eine Betriebsvertretung aus 3 Mitgliedern nebst drei Ergänzungsmännern gewählt. In Betrieben mit 50—99 Arbeitnehmern steht den Arbeitnehmern nach § 15 des Betriebsrätegesetzes das Recht zu, auf Wahl von 5 Mitgliedern nebst 5 Ergänzungsmännern. Nachdem die obige Wahl durchgeführt wurde, erachtete es der Betriebsführer S. nicht für notwendig, die Wahl der Betriebsvertretung anzuerkennen. Die gewählten Betriebsräte wurden von diesem Herrn abgesägt und an ihre Stelle solche Arbeiter eingesetzt, zu welchen der Betriebsführer sein Vertrauen hatte. Gegen diese ungesetzliche Handlung ist seitens der Wähler Protest eingelegt worden.

Falsch beschuldigt. Am vergangenen Sonnabend wurde, nachdem vor dem Appellationsgericht das Urteil der 1. Instanz, welches auf 6 Monate Gefängnis lautete, in der Strafsache gegen den Landwirt Albert Hasnik aufgehoben worden ist, vor der hiesigen Strafkammer in dieser Angelegenheit verhandelt. Aus der Beweisaufnahme war folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1922 nahm der Angeklagte eine gewisse Marie Kot als Wirtschafterin in Dienst. K. nahm es mit ihren häuslichen Arbeiten nicht genau, sondern weilte meist außer Hause, um dem Tanzvergnügen beizuwohnen. H. machte dem leichtsinnigen Mädchen Vorhaltungen, welche jedoch nicht fruchteten, so daß der K. gekündigt werden mußte. Aus Rachsucht erstattete das Mädchen gegen ihren Brotgeber vor Gericht Anzeige, indem sie aussagte, von demselben vergewaltigt worden zu sein. Bei der erneuten Verhandlung mußte der Landwirt freigesprochen werden, da eine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte.

Königshütte und Umgebung

Gemeindevertretersitzung in Chorzow.

In der letzten Gemeindevertretersitzung, die wiederum durch Abwesenheit des Gemeindevorstehers Siwy glänzte, die an Stelle dessen vom Gemeindeschöffen Tomalla geleitet wurde, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Infolge der dringenden Notwendigkeit, die allerseits anerkannt wurde, soll an die Volksschule 3 ein Anbau vorgenommen werden. Der-

Börsenkurse vom 7. 11. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8.92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	46.83 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.35 zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	46.83 Rmk.

selbe soll 8 Klassenzimmer, eine Badeeinrichtung, sowie einen Turnsaal erhalten. Die Baukosten, die von einer Investierungsanleihe bestritten werden, betragen 400 000 Zloty. Der Gemeindebaumeister wurde bis zur nächsten Gemeindevertretersitzung mit der Ausarbeitung des Bauprojektes beauftragt. — Zwecks Festsetzung der Wohnungsmiete sowie die Entschädigung für die Benutzung der Gärten wurde eine Kommission aus den Gemeindevertretern Kelner, Leipelt, Mzyk und Bonczyk gewählt. An Subventionen wurden gewährt: Dem Chorzower Gesellenverein 100 Zloty, sowie dem Klub Sportowy eine Anleihe von 500 Zloty, rückzahlbar in einem Jahr, für die Ueberschwemmten in Galizien 500 Zloty, die gleiche Summe für den Bau der Kathedrale in Kattowitz. Ein Antrag des Leiters der Volksschule 3 um Gewährung einer Summe von 430 Zl. zum Ankauf von Lehrmitteln wurde der Schulkommission überwiesen. Die Entschädigung für die Stellung von Pferden für die hiesige Feuerwehr soll die Baukommission (!) festsetzen. — Die Jahresabrechnung für 1925 wurde anerkannt und der Kassenführung Entlastung erteilt. Für die Errichtung von zwei Kiosken wurden je 200 Zloty bewilligt. Wie bereits aus den bisherigen Sitzungen bekannt ist, hat die Gemeinde vom Chorzower Bahnhof bis nach Königshütte einen Weg ausgebaut. Zu diesem Zweck wurde von vier Besitzern das benötigte Gelände zum Preise von 1.50 Zloty angekauft. Gegen den angeblich zu niedrigen Preis erhoben die Besitzer Einspruch, wo als Enderfolg in der darauffolgenden Sitzung der Preis auf 6 Zloty erhöht wurde. Gegen diesen Beschluß hatte wiederum das Landratsamt in Kattowitz Einspruch erhoben, weil nach dem Urteil von Sachverständigen der Preis von 3 Zloty pro Quadratmeter ausreichend sei, daher der Beschluß der Gemeindevertretung als ungültig erkannt wurde. Nun hat die Gemeindevertretung in der Sitzung den Preis abermals auf 6 Zloty für einen Quadratmeter festgesetzt. Allgemein ist man gespannt, was jetzt kommen wird. — Dem Gastwirt Benke wurde die Erhöhung der Kommunalabgaben von den Patenten der Erzeugung und vom Verkauf von Spirituosen erlassen (!). Somit fand die Sitzung ihr Ende.

Deutsches Theater Königshütte. Dienstag, den 8. November, abends 8 Uhr, findet die 3. Abonnementsvorstellung statt. Gespielt wird das Schauspiel „Ueberfahrt" von Sutton Verne. — Freitag, den 11. November, abends 8 Uhr, kommt die Operette „Wiener Blut" zum letzten Male zur Aufführung. Zu diesen beiden Veranstaltungen erhalten Mitglieder von deutschen Gewerkschaften eine Ermäßigung bis zu 50 Prozent. — Vorverkauf an der Theaterkasse von 10 bis 1 Uhr und von 5½ bis 6½ Uhr. (Telephon 150.)

Apothekendienst. In dieser Woche versehen den Nachtdienst im nördlichen Stadtteil die Florianapotheke an der ulica 3go Maja (Kronprinzenstr.), im südlichen Stadtteil die Marienapotheke an der ulica Wolnosci (Kaiserstraße).

Höchstpreise für Fleisch- und Wurstwaren. Die Höchstpreiskommission in Königshütte hat mit Gültigkeit vom 2. November folgende Höchstpreise für Fleisch- und Wurstwaren festgesetzt: Ein Pfund Rindfleisch 1. Gattung 150, 2. Gattung 130. Schweinefleisch 1. Gattung 170, 2. Gattung 150. Kalbfleisch 1. Gattung 170, 2. Gattung 130, frischer Speck über vier Zentimeter stark 220, bis vier Zentimeter stark 2. Gattung 210, gekochte Krakauerwurst 220, Knoblauchwurst 180, Leberwurst 1. Gattung 240, 2. Gattung 180, Preßwurst 1. Gattung 200, 2. Gattung 150 Groschen.

Verbesserung des Straßenbahnverkehrs. Die Straßenbahngesellschaft beabsichtigt durch die Hauptstraße, die ulica Wolnosci, das Seitengleis der Elektrischen in die Straßenmitte legen und ein zweites Gleis einbauen zu lassen. Damit fällt das lästige Warten der elektrischen Bahn an den Weichen fort, der ganze Verkehrsbetrieb erhält ein flotteres Tempo. Die Tempelstraße erhält einen neuen modernen Belag.

Von der Säuglings- und Mütterberatungsstelle. Nachdem nach ärztlichem Urteil festgestellt wurde, daß die alleinige Ernährung der Säuglinge nur mit Milch der englischen Krankheit Vorschub leistet, so soll eine Neuerung in der Mütterberatungsstelle eingeführt werden, in dem Versuche in der Kinderernährung mit Fleischsuppen und leichtem Gemüse angestellt wurden. Mit dieser Ernährungsweise soll in den nächsten Tagen begonnen werden.

Vorsicht vor Taschendieben. Auf dem Sonnabendwochenmarkt wurden einer Frau in der Markthalle im Gedränge aus der Rocktasche 40 Zloty von einem unbekannten Taschendieb gestohlen. Trotz allem Lamentierens blieb der Täter verschwunden. Es kann nicht genug empfohlen werden, in der Markthalle das Geld in der Hand zu tragen.

Siemianowitz

November.

Ja, du bist der Prolet unter den Zwölfen. Nichts hast, nichts bringst, nichts bietest du. Grau in Grau ist dein Arbeitskittel, alt, trübe und fleckig, faltig und geflickt. Derb und knotig polterst du einher, ohne frohen Gruß, mürrisch, fast finster. Rauh, wie du selbst, ist die Arbeit, die du leistest. Abräumen, auskehren, durchlüften und bespritzen mußt du unsern großen Anteil an der großen Erdenkammer. Kein feines Gerät, keine Trage und auch kein Staubsauger, kein Lüftungs- und Sprengapparat steht dir zur Verfügung. Alles mußt du mit eigner Kraft bewerkstelligen. Arm bist du, Proletenmonat, aber Kraft hast du! Hei, kannst du blasen, brausen, zausen, reißen, biegen, beugen, werfen! Baumriesen brichst du, wie wir ein Streichholz, und wenn dirs paßt, dann lässest du die festesten Dachziegeln konzertieren. Was aber nicht niet- und nagelfest ist da drinnen im Hause der Natur, das zerrst und wirbelst du durcheinander, daß es nur so eine Art hat. Klägliche Reste hat dein stolzer Vorgänger dir hinterlassen, und mit denen machst du ganze Arbeit. Letztes Laub lässest du aus luftiger Höhe den Todessturz antreten. Wildweines andauernde Farbensymphonie zerschmetterst du zu einem Nichts. Was noch an armseligen Blumen da ist und Tote grüßen möchte, das hauchst du dermaßen an, daß ihm nicht nur Lebensfreude, sondern auch Daseinswille vergeht, und allzu schnelles Ende die Folge ist. Vielleicht gar schon in Frost und Schnee.

„Judenhetze und Wirtschaftspolitik"

Die Graudenzer Gummifabrik ist ein jüdisches Unternehmen. Sie entwickelt sich ganz gewaltig und wollte jetzt von der Stadt ein größeres Baugelände kaufen. Als diese Sache in der letzten Stadtverordnetensitzung zur Sprache kam, war natürlich mancher wackere Mann in schwerster Not, denn man hetzt doch gar zu gern und schreit, wenn ein Privatmann einem Juden einen Laden vermietet oder gar ein Haus verkauft. Doch die Gummifabrik hat der Stadt so ziemlich alle Sorgen um die Arbeitslosen abgenommen (sie beschäftigt jetzt weit über 2000 Leute), und die Steuern, die dieses Unternehmen zahlt, sind auch nicht zu verachten. Also verwand man schnell alle Bedenken und stimmte dem Antrage zu. Das war natürlich fatal — aber es wurde nachher noch viel fataler, denn zunächst erwies sich der Magistrat wohl als Retter, er versagte dem Beschlusse seine Zustimmung und wollte die Zahlungs- und Verzinsungsbedingungen geändert haben; die Käuferin aber wollte von irgendwelchen Aenderungen nichts wissen und verzichtete auf das Geschäft. Nun wurde einigen Herren etwas ängstlich zu Mute, denn die Fabrik beschäftigt nicht nur die Arbeitslosen, sie zahlt nicht nur hohe Steuern, — nein, auch der angebotene Preis für das Gelände war mehr als angemessen. Also versuchte man einzulenken und die Gegenpartei zu Verhandlungen zu bewegen. Aber leider vergebens. Denn die Käuferin meint, für Geld anderwärts nicht nur Baugelände und Fabrikgebäude erwerben zu können, sondern in dieser finanziell reichlich ungünstigen Zeit sogar noch einiges Entgegenkommen beanspruchen zu dürfen. Und sie schickte ihre Leute in die Welt und verhandelt jetzt in Briesen um ein Fabrikgebäude und in Warschau um Wohnhäuser und Büroräume. Und es wird nicht mehr lange dauern, so zieht nicht nur ein Teil der Fabrik an einen gastlicheren Ort, sondern es werden auch Büros und die Privatwohnung des Generaldirektors flüchten. Die Stadt wird aber dann 2000 Arbeitslose zu versorgen haben. Und die Steuereinnahmen der Stadt werden dann ein gut Teil kleiner sein als bisher. Dann mögen einige ganz kluge Leute sich darüber aussprechen, wessen wirtschaftliche Unzulänglichkeit und wessen politische Ueberspanntheit diesen schönen Erfolg für sich in Anspruch nehmen kann. Ja, ja: Wem Gott ein Amt gibt . . .!!

Kraft und nochmals Kraft ist es, was er atmet. Und wer Gefühl, Empfinden, Verständnis für Kraft hat, der liebt ihn, den mürrischen Gesellen, auch wenn er ihm einmal den Hut vom Kopfe holt oder den Regen ins Gesicht peitscht. Wer hat nicht Verständnis für ihn, der das Land säubern und fegen muß, der damit Neuem und Schönem die Stätte bereitet — — — wenns auch noch in weiter Ferne liegt?

Myslowitz

Die Stimme in der Wüste.

Seit vielen Jahren verlangen die Myslowitzer die Einschaltung eines Personenzuges vormittags nach Kattowitz und eines solchen in der Mittagszeit von Kattowitz nach Myslowitz. Vormittag führt ein Personenzug um 8.40 von Myslowitz ab. Der nächste geht dann erst um halb zwölf. Auch zurück von Kattowitz wäre es sehr erwünscht, daß in der Mittagszeit ein Zug eingeschaltet wird. Um 10.56 fährt ein Zug von Kattowitz ab und der nächste fährt erst um 1.45 Uhr nachmittags. Gerade in der Mittagszeit, wo der Verkehr am stärksten zu sein pflegt, ist kein Zug vorhanden. Alles drängt dann zu der elektrischen Straßenbahn, die um diese Zeit bombenvoll ist. Auch der Autobus kann die vielen Passagiere nicht fassen. Der Mittagszug von Kattowitz nach Myslowitz wäre sicherlich überfüllt gewesen, doch ist das kein Argument für die Bahnverwaltung, die sich nicht nach den Wünschen des Publikums zu richten braucht.

Der Schloßpark kommt auch an die Reihe. Endlich wird auch Myslowitz einen Park bekommen. Der bisherige Schloßpark, der von der Stadt von Jahr zu Jahr gepachtet wurde, wurde vom Thiele-Winkler unter gewissen Bedingungen für 30 Jahre an die Stadt verpachtet. Unter solchen Umständen lohnt sich schon im Schloßpark Investitionen zu machen. Die Stadt hat auch 9000 Zloty für die Herstellung des Schloßparkes zur Verfügung gestellt. Die Stadt beschäftigt auch einen Gärtner und dieser hat bereits den Auftrag bekommen den Schloßpark nach seinem Dafürhalten einzurichten. Er wird allerdings keinen zweiten Südpark daraus machen können aber immerhin parkähnlich einrichten und den Aufenthalt im Schloßpark angenehm gestalten. In dem Schloßpark selbst, befindet sich ein Mietshaus. Die dortigen Bewohner haben den Hinterteil des Schloßparkes sehr zugerichtet. Das wird künftighin anders werden müssen. Doch haben auch die Bewohner dieser „Schloßparkvilla" Beschwerden an die Stadtverwaltung. Sie beschweren sich nämlich gegen den hohen Mietzins. Die Stadt berechnet ihnen reichlich um 100 Prozent mehr Zins, als es zulässig ist und geht mit einem schlechten Beispiel voran. Die Hausbesitzer machen es der Stadt zu gerne nach.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Lipine. (Bergarbeiter). Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Bergarbeiterverbandes der Zahlstellen Lipine, Charlottenhof und Schlesiengrube fand am Sonntag bei Morawietz statt, in der Genosse Sejmabgeordneter Kowoll über die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter und die Weltkohlenkrise referierte. Seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen fanden eine überaus rege Diskussion, an der die Kameraden Orzel, Smolka, Aekulski und Wroszyna teilnahmen. Am Schluß der Versammlung wurde auf die Bedeutung der Zugehörigkeit zur D. S. A. P. und die Arbeiterpresse hingewiesen und eine Resolution angenommen, die sich gegen die Erhöhung der Beiträge bei der Spolka Bracka wendet und für die Witwen, Waisen und Invaliden eine Besserung ihrer Bezüge fordert. Weiter fordert man die Kontrolle der Wirtschaft in der Spolka Bracka durch die Gewerkschaften und Beschlußfassung über Beitragserhöhungen nicht durch den Vorstand, sondern die Mitgliedschaften. Die Resolution wendet sich gegen die bisherige Mißwirtschaft in der Spolka Bracka und wünscht dringende Sanierung. Nach Besprechung verschiedener Verbandsangelegenheiten fand die Versammlung nach mehrstündiger Dauer mit einem Hoch auf den Bergarbeiterverband ein Ende.

Rybnik und Umgebung

Freispruch im Badura-Prozeß. Vor einiger Zeit erschienen in dem in Rybnik erscheinenden „Oberschlesischen Anzeiger" die bekannten Inserate über die Filme „Land unterm Kreuz" und „Brennende Grenze". Das genannte Blatt hat auch im polnischen Teil auf die Filme hingewiesen. Der Redakteur Richard Badura in Rybnik kam wegen Veröffentlichung dieser Inserate unter Anklage wegen Staatsverleumdung. Das Schöffengericht erkannte aber bei der Gerichtsverhandlung auf Freispruch. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt und die Angelegenheit kam erneut vor der Strafkammer zur Verhandlung. Von seiten des Anklagevertreters wurde in der Veröffentlichung dieser Inserate eine Staatsverleumdung gesehen und zwei Wochen Gefängnis beantragt. Nach mehr als einstündiger Beratung erkannte die Strafkammer das Urteil der ersten [illegible] und Badura wurde freigesprochen.

Sportliches

1. F. C.-Kattowitz — Ruch-Bismarckhütte 2:0 (0:0).

Der Wirrwarr, hervorgerufen durch Ankündigung des Spiels in Bismarckhütte, das aber auf Grund der in letzter Stunde erfolgten Einigung auf dem 1. F. C.-Platz in Kattowitz zum Austrag kam, verschuldete, daß nur etwa 1500 Zuschauer erschienen waren. Beide Mannschaften hatten starken Ersatz eingestellt, der mit dementsprechenden Leistungen aufwartete. Der Kampf zeigte deutlich, daß den Gegnern eine mehrwöchige Ruhe nottut. Einzig Krömer im Ruchtor bewies mehrfach seine Klasse, der einige Torgelegenheiten der Kattowitzer vorbildlich zunichte machte.

Freie Turner Kattowitz — Freie Sportver. Beuthen-Roßberg 6:2

Am gestrigen Sonntag weilten die Freien Turner in Beuthen und konnten in einem Handballspiel dasselbe mit obigem Resultat für sich entscheiden.

Spiele der A-Klasse.

Pogon Kattowitz — Domb Kattowitz 3:3 (1:2).
06 Zalenze — Diana Kattowitz 1:0.
06 Ref. — Diana Ref. 7:2.
06 Myslowitz — Kolejowy Kattowitz 2:1.
Sportfreunde Königshütte — 1. K. S. Tarnowitz 2:1 (2:0).
07 Laurahütte — Iskra Laurahütte 0:0.
Amatorski Königshütte — Naprzod Lipine 0:1.

Spiele der B-Klasse.

Polizei Kattowitz — Naprzod Zalenze 2:2.
Rosdzin Schoppinitz — Orzel Josefsdorf 0:1.
Odra Scharley — Wawel Wirek 7:3.
Slowian Kattowitz — Pogon Friedenshütte 5:2.
09 Myslowitz — Slavia Ruda (1. Jgd.?) 4:1.
Bogutschütz 20 — Naprzod Ruda 3:0 (walkover).
Polonia Warschau — Legja Warschau 2:1.

Crakovia Krakau — W. A. C. Wien.

Kurz vor Schluß kam es zu einer noch nie in Polen auf einem Sportplatz dagewesenen „internationalen Keilerei". Das Spiel wurde abgebrochen.

Republik Polen

Das „Wunder von Slupia" aufgeklärt.

Wie noch allgemein bekannt sein dürfte, machte im August vorigen Jahres die Legende, daß die Mutter Gottes im Dorfe Slupia im Posenschen sich offenbart haben sollte, durch alle Zeitungen Polens die Runde. Die unglaublich klingende Erscheinung soll sich mehrmals wiederholt haben und fast ausschließlich Kindern sichtbar gewesen sein. Eine einzige erwachsene Person, und zwar ein 38jähriges Fräulein, will dieses Wunder miterlebt haben. Diese angeblich nur von wenigen Personen gesehene Erscheinung wurde allgemein als etwas Uebernatürliches ausgelegt, und das Dorf Slupia begann ein Wallfahrtsort zu werden, obwohl die Geistlichkeit bis zur endgültigen Aufklärung dieses „Wunders" dies zu verhindern suchte. Auf Ersuchen der Geistlichkeit beschäftigten sich mit der Lösung dieses Rätsels die Universitätsprofessoren Dr. Borowiecki und Blachowski aus Posen. Die Untersuchungen ergaben, daß es sich nur um den Fall einer Massensuggestion handelt. Dies bewies vor allen Dingen ein Experiment an einem Mädchen, welches das „Wunder von Slupia" mehrmals gesehen haben wollte. Das Mädchen wurde in einen verdunkelten Raum gebracht, wo ein Bild der Mutter Gottes sich befand. Das Kind verfiel sofort in Extase und bemerkte gar nicht, daß das Bild längst entfernt worden war. Die größte suggestive Empfindlichkeit zeigte jedoch die Erwachsene. Somit ist die Legende des „Wunders von Slupia" vollkommen aufgeklärt.

Deutsch-Oberschlesien

Die Beantwortung einer Interpellation.

Der preuß. Wohlfahrtsminister hat dem Präsidenten des Landtages auf die Anfrage des Abg. Klimas (Pole) wegen Verletzung der Genfer Konvention durch den Regierungspräsidenten von Oppeln folgende Antwort zugehen lassen: Die kleine Anfrage Nr. 1735 über die Verletzung der Genfer Konvention durch den Regierungspräsidenten in Oppeln beantworte ich im Einvernehmen mit dem Herrn preußischen Justizminister wie folgt:

1. In der Mitteilung des Amtsgerichtes in Oppeln vom 29. September 1924 an den Eigentümer des im Grundbuch von Ellgut-Proskau Bl. 415 eingetragenen Grundstücke hat ein Kanzleiangestellter bei der Verwendung eines alten Vordrucks versehentlich die Entfernung des Wortes „Königlichen" unterlassen. Ein derartiges Versehen wird sich in Zukunft nicht mehr wiederholen, da für den Bereich der Justizverwaltung durch die Rundverfügung vom 27. Mai 1927 — I 12515 — die Vernichtung der bei den Justizbehörden etwa noch vorhandenen Vordrucke mit den früheren Hoheitsbezeichnungen angeordnet worden ist.

2. Die Förderung des Baues von Landarbeiterwohnungen ist durch den Erlaß des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt vom 6. März 1927 — III R 5c gen. 6/27 — für das gesamte Gebiet des Freistaates Preußen einheitlich geregelt. Soweit dieser Erlaß Bestimmungen enthält, die mit der durch das Genfer Abkommen geschaffenen besonderen Rechtslage des ehemaligen Abstimmungsgebietes nicht vereinbar wären, ist Vorsorge getroffen, daß diese Bestimmungen innerhalb des bezeichneten Teilgebietes praktisch keine Verwendung finden.

Der österreichische Parteitag

Wien, 2. November.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat mit der einstimmigen Annahme einer Kundgebung geendet, die etwa folgenden Gedankengang ausdrückt: Die reaktionären Rüstungen der Bourgeoisie, die Aufstellung faschistischer Formationen in den agrarischen Ländern bedrohen das Land mit der Gefahr des Bürgerkrieges. Die Sozialdemokratie hat bisher alles getan, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, sie ist auch weiterhin zu ernsten Verhandlungen über die innere Abrüstung bereit; es ist die gegenwärtige Regierung, die jeden Gedanken einer Verständigung schroff zurückweist. Von einer Koalition kann solange keine Rede sein, als die bürgerlichen Parteien glauben, die Sozialdemokratie, „die mehr als neunzig Prozent der Arbeiterklasse, die überwiegende Mehrheit der ganzen städtischen und industriellen Bevölkerung, 43 Prozent des ganzen deutsch-österreichischen Volkes darstellt", nullifizieren zu können. Aber über den Kopf der bürgerlichen Parteien hinweg wendet sich die Sozialdemokratie insbesondere an die Bauernschaft, fordert sie zum Bündnis der Arbeiter und Bauern auf. Den Arbeitern ruft sie in Erinnerung, daß die gegenwärtige Situation mehr als je die strengste politische und gewerkschaftliche Disziplin erfordert. Sie ruft zum Ausbau des Republikanischen Schutzbundes auf und fordert die Parteiorganisationen auf, den 12. November, den Jahrestag der Republik, zu gestalten „zu einem Tage großer Volkskundgebungen gegen den Faschismus, für die Republik des arbeitenden Volkes".

Um zu diesem einstimmigen Beschluß zu kommen, hat der Parteitag drei Tage lang debattiert, und seine Debatte war ein großes Ringen der Geister, das in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie immer einen Ehrenplatz behaupten wird: die geistige Höhe und die von jeder persönlichen Schärfe freie sachliche Leidenschaft, mit der die Gegensätze einander in formvollendeten Reden gegenübertraten, hat selbst auf die Gegner ihren Eindruck nicht verfehlt und die ganze Oeffentlichkeit in Oesterreich stand tagelang im Banne des Parteitages. Welches waren nun diese Gegensätze?

Auf der einen Seite Otto Bauer, nach dessen Auffassung eine Koalition im gegenwärtigen Augenblick ein „furchtbares Opfer an echtesten und heiligsten Gefühlen der österreichischen Arbeiterschaft", eine „Kapitulation der Sozialdemokratie vor der Bourgeoisie und eine Kompromittierung der Sozialdemokratie vor dem Proletariat" wäre. Heute sei in Oesterreich keine Koalition denkbar, die den Interessen der Arbeiterklasse dienen würde und mit der Ehre und Würde der Partei vereinbar wäre. In der gegenwärtigen Situation weist Bauer der Partei vielmehr andere Aufgaben: näher an die Bauernschaft heranzukommen und die Arbeiterklasse selbst möglichst kampffähig zu erhalten. Darum vor allem Bewahrung der Einheit — „hundertmal lieber einen falschen Weg einig gehen, denn Fehler kann man dann wieder korrigieren, als um des rechten Weges willen uns spalten" — denn nur sie bewahrt der Partei und innerhalb der Partei jene große Synthese des nüchternen Realismus und des revolutionären Enthusiasmus, die der marxistische Sozialismus ist, jene Synthese, die das neue Wien aufgebaut — „es würde nicht existieren an dem Tage, an dem die österreichische Arbeiterschaft sich spalten ließe" — und gleichzeitig „die leuchtenden, die nach einem Ideal hungrigen Augen unserer Jugend" mit leidenschaftlicher Glut anzieht.

Auf der anderen Seite Karl Renner: auch er sieht in der Koalition „ein Opfer, aber nicht etwa ein Ideal oder ein Ziel", auch er hält eine Koalition mit der gegenwärtigen Führung der bürgerlichen Parteien nicht für möglich. Aber ihm stehen zwei Interessen obenan: die Verhütung des Bürgerkrieges und das Recht der Arbeiterklasse, entsprechend ihrer Stärke teilzuhaben an der Verwaltung des Staates, der nach Renners Auffassung nicht mehr als ein Vollzugsorgan der herrschenden Klassen anzusehen sei — der „veraltete" Staatsbegriff müsse endlich weichen. Infolgedessen wendet sich Renner nicht an Herrn Seipel, sondern direkt an jenen Teil der Bürger und Bauern, der den Bürgerkrieg nicht will und für eine innere Abrüstung zu haben wäre: „an der Spitze unserer Lanzen bieten wir ihnen den Frieden und das Recht — nun überlassen Sie es dem Herrn Seipel, nein zu sagen!"

An die Seite Bauers traten in der Debatte Friedrich Austerlitz, Therese Schlesinger und Friedrich Adler, der den von soviel Erfolgen ungeduldig gewordenen Genossen vorhielt, sie hätten noch nicht gelernt, „das harte Brot der Demokratie zu essen", und sie ermahnte: „Ja, wir wollen den Anteil an der Macht erobern, aber wir wollen ihn in jener Form erobern, wie in Wien" — das heißt die Mehrheit und nicht die Koalition. Für Renners Ansicht traten Wilhelm Ellenbogen, Karl Leuthner und vor allem die Delegierten aus der Provinz, den Ländern, ein. Manche suchten den Mittelweg: so Julius Deutsch und der „kommende Mann" Paul Richter. Einen ganz eigenen Weg, der ihn weitab von der Meinung der überwältigenden Mehrheit führte, schlug Max Adler ein. Dieser große Gelehrte, dessen großer Mangel an politischem Verständnis schon dadurch erwiesen ist, daß er nicht fühlte, wie sehr die durch den 15. Juli im allgemeinen erschütterte Stimmen der Partei auf diesem Parteitag auf der Schneide schwankte, brachte es zuwege, Falsches und Richtiges in so extrem falscher Form zu sagen, daß daraus beinahe eine „Affäre" und jedenfalls ein arges Mißverständnis wurde. (Hierzu möchten wir bemerken, daß nach allen vorliegenden Berichten Max Adler bei den vielen hundert Tribünenbesuchern stürmischen, demonstrativen Beifall erhielt. Seine Ausführungen entsprachen also zwar nicht der sehr vorsichtigen Haltung der Parteimehrheit, wohl aber den unmittelbaren Gefühlen der Massen, deren interessiertester und politisch reifster Teil den Verhandlungen eines Parteitages beizuwohnen pflegt. Die Red.)

Der Parteitag hat die Koalition verneint. Aber niemand kann die Koalitionsbereitschaft verneinen, die die Stimmung der Hälfte der Delegierten war. Man kann nur sagen, wie es Karl Seitz, der Bürgermeister von Wien und Vorsitzende der Partei, in seinem meisterhaften Schlußwort sagte: dieselben Leute würden nach zwei Monaten Koalition natürlich bitter enttäuscht sein... Daß die österreichische Sozialdemokratie die Koalition nicht will, sie aber nicht grundsätzlich ablehnt, ist indes keine Neuerung. Der Austromarxismus steht hier wie überall für die Synthese des Möglichen und des Erstrebten, für die Verbindung von praktischer Reformarbeit und revolutionärer Begeisterung für die Einheit von besonnener Tat und weltumwälzender Idee. Und daß es gelungen ist, diese Synthese in der Partei selbst herzustellen und den Widerstreit der Anschauungen zu einem einheitlichen Willen des Handelns zu führen, daß über allen großen Diskussionen einer großen Partei schließlich der Gedanke der Einheit bedingungslos triumphierte — das ist das Beruhigende und Erhebende an diesem österreichischen Parteitag.

Das Bemerkenswerte und auch das Entscheidende auf diesem Parteitag aber war die Stellungnahme eben jener Vertreter aus den Ländern, die dort den Rüstungen der Bourgeoisie, dem Auflammen der Heimatwehrbewegung unmittelbar gegenüberstehen. Und hier liegt für den Marxisten auch der Schlüssel zum tieferen Verständnis der Debatten und der Beschlüsse. Die österreichische Partei ist durch den blutigen 15. Juli und seine Nachwirkungen weniger in ihrer Stellung als vielmehr in ihrer Stimmung erschüttert worden. Ebenso trat bei der Bourgeoisie nicht so sehr ein Macht- als ein Stimmungsumschwung ein: sie hatte zu ihrem freudigen Erstaunen bemerkt, daß man in Oesterreich auf Arbeiter schießen konnte, und ein Teil von ihr ist nun daran, diese angenehme Erfahrung, dieses geschwellte Machtgefühl zur Aufrüstung eines allerdings sehr provinzlerischen Faschismus auszunützen. Wo die Arbeiterklasse stark ist und sich stark fühlt, wie in Wien, dort antwortete sie darauf mit leidenschaftlichem Abwehrwillen, mit verstärkten Hinströmen zur Partei. Wo sie schwach ist — sehr bezeichnend war in dieser Hinsicht auf dem Parteitag die tapfere Rede des Vertreters von Vorarlberg, also des kleinsten und schwärzesten der agrarischen Länder —, dort stellt sie sich kampfentschlossen mit dem Rücken an die Wand. Aber dazwischen liegt jene Stufe, wo die Arbeiterschaft in Ländern und Gemeindestuben manche Position besetzt hat, die sie nun zu verlieren fürchtet; wo sie sich als Ganzes und in ihren einzelnen Vertretern ein Stück Geltung errungen hat, das ihr nun der plötzlich angeschwollene Haß der Bürgerlichen zu entreißen sucht: in dieser Lage, dort, wo die Arbeiterklasse nicht stark genug ist, um sich ganz sicher zu fühlen, aber nicht mehr schwach genug, um leichthin das Ränzel hinzuwerfen und sich zum Raufen zu rüsten wie ehedem — dort entsteht der Gedanke, in der Koalition eine Sicherung zu suchen, sich auf das Recht zu regieren zu berufen, welche Idee dann, da die Koalition jetzt unmöglich scheint, die sonderbare Gestalt der „Proporzregierung" annahm, jener Vorstellung, das Recht der Minorität, einen verhältnismäßigen Anteil an der Regierung zu fordern, solle durch die Verfassung gewährleistet sein, also, wie Otto Bauer scherzhaft bemerkte, der Versuch, „die Gesetze der kapitalistischen Ordnung durch ein Bundesgesetz aufzuheben"... Das ist die psychologische Situation, in der der österreichische Parteitag beriet und beschloß: die Partei ist zu stark, um kleinmütig zu sein, sie hat zuviel zu verlieren, um wagemutig zu sein. So erleidet sie in einem Augenblick, da sie den Gegner als stärker empfindet, eine gewisse psychische Reaktion: das Schutzbedürfnis einer starken Partei.

Gewerkschaften und geistige Arbeiter

Auf dem kürzlich in Paris abgehaltenen Kongreß der „Internationalen Föderation intellektueller Arbeiter" wurde u. a. die Frage der Vertretung dieser Organisation in der vom Internationalen Arbeitsamt geplanten beratenden Kommission der geistigen Arbeiter besprochen. In einem diesbezüglichen Beschluß verlangt die Internationale Föderation, daß ihr im Interesse der Vertretung ihrer verschiedenen Berufsgruppen mehrere Sitze in der Kommission zugesichert werden und daß im übrigen nur Vertreter solcher spezialisierter internationaler Organisationen intellektueller Arbeiter herbeigezogen werden, die sich die „berufliche Verteidigung" ihrer Mitglieder zur Hauptaufgabe machen. Gleichzeitig hieß der Kongreß folgende Definition des Begriffes des intellektuellen Arbeiters gut: „Intellektueller Arbeiter ist jener, der seine Existenzmittel durch eine Arbeit erwirbt, bei welcher die geistige Anstrengung, mit dem was sie an Initiative und Persönlichkeit mit sich bringt, gewöhnlich über die körperliche Anstrengung vorherrscht".

Man sollte eigentlich von einer Internationale von geistigen Arbeitern erwarten dürfen, daß, wenn sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Fassung des Begriffes überhaupt für möglich hält, dieser ein bißchen klarer ausfällt, als dies bei obiger Umschreibung der Fall ist. Oder handelt es sich vielleicht nicht so sehr um ein begriffliches Unvermögen, als viel mehr um Rücksichtnahme und Unsicherheit in bezug auf die eigene Existenz? Man muß die zweite Möglichkeit annehmen, wenn man weiß, daß sich die „Internationale der Intellektuellen" zum Teil aus Verbänden zusammensetzt, die ausgesprochene Büroangestellte organisieren, womit nicht etwas gegen diese Kategorie gesagt, sondern lediglich hervorgehoben werden soll, daß die Definition des „intellektuellen Arbeiters" für solche Berufskategorien wohl reichlich bombastisch ist. Die Internationale der Intellektuellen sollte sich darüber klar sein, daß solche Angestellte einfach zur Internationale der Privatangestellten gehören, die bekanntlich auf den hochtrabenden Namen einer Organisation von intellektuellen Arbeitern gerne verzichtet, dafür jedoch mit Recht verlangt, daß andere Körperschaften ihren Wirkungskreis ebenso genau abgrenzen. Entweder organisiert die Internationale der Intellektuellen wirklich ausgesprochen geistige Arbeiter, wobei der Nachdruck bei der Definition des Begriffes nicht nur „gewöhnlich" sondern in allen Fällen auf die „geistige Initiative" und die „Persönlichkeit des geistig Schaffenden" gelegt werden soll, oder aber sie ist eine Organisation, die Büroangestellte, Dichter und Phrenologen unter einen Hut bringen will, und dann muß sie als eine schlimme Mißgeburt betrachtet werden.

Sicherlich ist es schwierig, den Begriff des geistigen Arbeiters festzulegen, und zwar schon deshalb, weil zahlreiche Berufskategorien, die früher unzweideutig zu den freien Berufen, d. h. zu den selbständigen geistigen Arbeitern gehörten, immer mehr in ein Anstellungsverhältnis geraten, das sie den Angestellten sehr nahe bringt. Ferner kommen auch sprachliche Schwierigkeiten in Frage. Während man z. B. in Frankreich als Sammelbegriff das Wort „travailleur intellectuel" (intellektueller Arbeiter) verwendet, kann in Deutschland diese Kategorie verschiedene Schattierungen annehmen. Die Berufsbezeichnung „Intellektueller" wird dort vielfach mit einem Lächeln quittiert und dient auch in der Tat, wie das Wort „Journalist", vielfach Leuten als Etikette, die weder geistig noch sonst arbeiten. Beim Wort „geistiger Arbeiter" hingegen denkt man gerne an einen akademischen Grad, während mit dem Wort „Kopfarbeiter" die große Kategorie der Nicht-Handarbeiter bezeichnet wird, d. h. jene Gruppe, die der Franzose und der Engländer „travailleur-non-manuel" resp. „non-manuel worker" (Nicht-Handarbeiter) bezeichnet, wobei jedoch der „Kopf" in der Definition nicht direkt vorkommt.

Obwohl die Begriffsbestimmung große Schwierigkeiten bietet und allgemein ungeklärt ist, muß andererseits gesagt werden, daß in der Praxis jeder, der seine Leistung ehrlich einschätzt, weiß, wohin er gehört. Wenn wir uns nicht wie die Internationale der Intellektuellen an das begrifflich undeutliche Wort „berufliche Verteidigung" halten, sondern direkt auch von materiellen Interessen und von der Wahrung und Verteidigung solcher Belange sprechen, so gehören eben alle jene, die als Kategorische Ursache und Möglichkeit zur Verteidigung solcher Interessen haben, in die Gewerkschaftsbewegung und in Organisationen, die nicht nur allgemein „berufliche Interessen" verteidigen, sondern womöglich Tarifverträge abschließen.

Was die Stellungnahme der Internationale der Privatangestellten betrifft, so gibt sie dem Willen zur Trennung der vorwiegend materiell-beruflichen und geistig-beruflichen Interessen und zur Anerkennung einer Gruppe wirklich geistiger Arbeiter damit Ausdruck, daß sie wohl für eine Kommission der geistigen Arbeiter ist, jedoch nicht im Arbeitsamt, sondern der Art der Sache nach, im Rahmen des Völkerbundes. Denn die Interessen dieser intellektuellen Arbeiter sind die gleichen wie jene der intellektuellen Arbeitgeber und der intellektuellen Selbständigen, d. h. es sind vorwiegend geistige Interessen. Die Internationale der Privatangestellten hält eine solche Kommission innerhalb des Arbeitsamtes nicht nur für einen Fehler, sondern für eine Schädigung der Angestellteninteressen. „Abgesehen davon", sagt sie, „daß bei der vorgeschlagenen Zusammensetzung der Kommission bei Aufnahme eines einzigen Mitgliedes der Internationale der Privatangestellten, das z. B. die Techniker vertreten könnte, der Internationale Bund nur eine verschwindend kleine, zu seiner Bedeutung in keinem Verhältnis stehende Minderheit erhalten würde, und in der Kommission fast nur die bürgerlichen und die neutralen Richtungen vertreten wären, hält er die Gründung der Kommission auch für einen Fehltritt, weil eine derartige Kommission eine Spaltung unter den Angestelltengruppen zeitigen könnte". (Der J. G. B., für den Oudegeest in die Kommission für geistige Zusammenarbeit gewählt wurde, wird sich in seiner Vorstandssitzung vom 7. November in London u. a. auch mit dieser äußerst wichtigen Frage befassen).

Die Wahlen in Norwegen

Am 17. Oktober fanden die norwegischen Storthings-Wahlen statt, in denen die Arbeiterklasse zum ersten Mal wieder, von einer winzigen kommunistischen Gruppe abgesehen, geeint in den Kampf trat. Die Hoffnungen, die man anläßlich der Vereinigung der Sozialdemokratischen und der Arbeiter-Partei Norwegens hegte, sind durch das Wahlergebnis weit übertroffen worden.

Das endgültige Resultat lautet: Konservative und Freisinnige, die bisherigen Regierungsparteien, die gemeinsam auftraten, erhalten 31 Mandate gegenüber 54 im Jahre 1924. Die Bauernpartei 26 (22), die Linke, eine bürgerlich-radikale Partei 30 (34), die radikale Volkspartei 1 (2), die Arbeiterpartei 59 (32), die Kommunisten 3 (6).

Von den bürgerlichen Parteien hat also lediglich die Bauernpartei einen kleinen Gewinn, 4 Mandate, erzielt; während alle anderen Parteien, insbesondere die bisherigen Regierungsparteien, zugunsten der Sozialdemokratie verlieren. Diese wird von der drittstärksten zur weitaus stärksten Partei des Storthings.

Die Stimmenzahlen zeigen folgendes Bild:

Konservative und Freisinnige	254 000	Verlust	63 000	oder	20%
Bauernpartei	148 000	Gewinn	16 000	„	12%
Linke	172 000	Verlust	9 000	„	5%
Radikale Volkspartei. . . .	13 000	Verlust	4 000	„	23%
Arbeiterpartei	366 000	Gewinn	101 000	„	38%
Kommunisten.	40 000	Verlust	20 000	„	33%

Lediglich zwei Parteien haben also einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen: Die Arbeiterpartei, die 101 000 Stimmen gewinnt, und die Bauernpartei, die 16 000 neue Stimmen erhalten hat. Den größten relativen Verlust haben die Kommunisten erlitten, die ein Drittel ihrer Stimmen verloren haben und in den meisten Wahlkreisen zu einem unbedeutenden Grüppchen geworden sind.

Prozentuell verteilen sich die Wählerstimmen wie folgt auf die einzelnen Parteien:

	1924	1927
Konservativen und Freisinige	32.5	25.5
Bauernpartei.	13.5	15.0
Linke	18.5	17.5
Radikale Volkspartei	2.0	1.5
Arbeiterpartei	27.5	36.5
Kommunisten.	6.0	4.0

Die beiden Arbeiterparteien, die 1924 ein Drittel aller Stimmen erhielten, haben nun zwei Fünftel der Stimmen erhalten. Der Mandatsgewinn der Arbeiterpartei ist relativ größer als ihr Stimmengewinn, da bei den letzten Wahlen durch die Besonderheiten des norwegischen Wahlrechts die Arbeiterpartei relativ weniger Mandate erhielt, als ihrer Stimmenzahl entsprochen hätte.

Das norwegische Wahlrecht sieht für das flache Land 100 Mandate, für die Städte 50 Mandate vor. Das Verhältnisverfahren besteht nur innerhalb der einzelnen Wahlkreise, so daß unverwertete Reststimmen überhaupt verloren gehen. Diejenige Partei, die die relative Majorität hat, wird also durch das Wahlrecht begünstigt. Während bisher die Arbeiterpartei darunter zu leiden hatte, ist nunmehr durch ihren großen Stimmenzuwachs in der Mandatsverteilung begünstigt worden.

Charakteristisch für den sozialen Aufbau Norwegens ist die starke Dezentralisierung der Industrie, die in den Dörfern auf dem flachen Lande Industriearbeiter vereinigt. Die Arbeiterpartei ist jedoch trotzdem sowohl auf dem flachen Lande, wie in den Städten ziemlich gleichmäßig stark, wie aus folgender Tabelle über die Mandatsaufteilung der einzelnen Parteien zwischen Stadt und Land hervorgeht:

	Land			Städte		
Konservative und Freisinnige	12	Verlust	15	19	Verlust	8
Bauernpartei.	26	Gewinn	4		—	
Linke	24	Verlust	4	6	—	
Radikale Volkspartei	1	Verlust	1		—	
Arbeiterpartei	36	Gewinn	17	23	Gewinn	10
Kommunisten.	1	Verlust	1	2	Verlust	2

Besonders hervorzuheben ist der Gewinn der Arbeiterpartei in der Hauptstadt Oslo, wo sie 4 von insgesamt 7 Mandaten erreicht und damit ein neues Mandat gewonnen hat. Der Stimmenzahl nach ist die Arbeiterpartei ganz knapp an die absolute Majorität in Oslo herangekommen, was für die bevorstehende Gemeindewahl zu den schönsten Hoffnungen berechtigt.

Wie ausgedehnt und gleichmäßig der Stimmenzuwachs der Arbeiterpartei verteilt war, geht daraus hervor, daß sie in allen Wahlbezirken bis auf 5 Mandatsgewinne zu verzeichnen hat, in 3 Wahlbezirken wurden zwei Mandate neu gewonnen. In 15 Städten hat die Arbeiterpartei die absolute Mehrheit der Stimmen erobert. In der Hauptstadt war auch eine faschistische Liste aufgestellt worden, die aber trotz größter Reklame nur 1200 Stimmen erhielt und im Parlament unvertreten geblieben ist.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse", Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Dienstag, den 8. November 1927. 15,45—16,30: Kinderstunde. 16,30—18: Offenbach — Lecocq. 18: Für den Sendebezirk Breslau: Abt. Versicherungswesen. 18: Für den Sendebezirk Gleiwitz: Oberstudiendirektor Dipl.-Ing. Müller: „Bedarf Oberschlesien einer höheren Maschinenbauschule?" 18,30—18,55: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. 18,55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. 19—19,30: Hans Bredow-Schule. Abt. Staatskunde. 19,30—20: Die Uebersicht. Berichte über Kunst und Literatur. 20,10: Klavierabend Georg Bertram. 21,30—22: Uebertragung aus Gleiwitz: Von oberschlesischen Dichtern und Geschichtenmachern. Anschließend an die Abendberichte: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V. und Schallplattenkonzert der Firma Felix Kayser, Breslau I, Am Ring (Am Rathaus 26).

Mailand — Welle 315,8.

Dienstag. 16,45: Börse, Handel und Kurse. 17: Konzert 20.45: Zeitzeichen. Uebertragung aus dem Teatro Lirico. Stefani-Nachrichten. Anderes Programm: Wie Montag.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Dienstag. 11: Vormittagskonzert. 16.15: Nachmittagskonzert. 18: Naturgemäße Erziehung im Uebergangsalter. 18.30: Vererbungsfragen. 20,05: Opernaufführung „Der eiserne Heiland".

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. Am Dienstag, den 8. November, abends 7½ Uhr, Vortrag von Genossen Buchwald: „Die Arbeiterbewegung als moderner Kulturfaktor." Da jetzt mit den Vorträgen der eigentliche Zweck der Arbeiterbildung beginnt, so ist zahlreiche Beteiligung selbstverständlich.

Bismarckhütte. Am 8. November, abends 7¾ Uhr, findet im Arbeiter-Kasino, Krol. Huta, ul. Gimnazjalna 35, ein Vortrag des Herrn Dr. Bloch statt. — Am Mittwoch, den 9. November, abends 7½ Uhr, findet eine Vorstandssitzung der Kulturvereine statt, zu welcher auch die Vorstände der freien Gewerkschaften eingeladen sind. Zusammenkunftsort: D. M. V.-Büro, ulica Krakowska Nr. 21.

Friedenshütte. Donnerstag, den 10. November, findet der fällige Vortrag der Ortsgruppe Nowy Bytom im Postrachschen Lokal statt. Thema laut Programm: Grundlehre der Volkswirtschaften. Referent: Genosse Buchwald. Um regen Zuspruch wird gebeten.

Nikolai. Am Mittwoch, den 9. November, abends 7 Uhr, findet der dritte Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung im Vereinslokal Ciossek statt. Genosse Buchwald spricht über: „Die Arbeiterschaft und die Entwicklung des Kapitals". — Sämtliche Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Gäste willkommen.

Versammlungskalender

Kattowitz. Holzarbeiter. Donnerstag, den 10. November, abends 7 Uhr, im Zentralhotel, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen Pflicht.

Kattowitz. Arbeiterwohlfahrt. Am Sonntag, den 13. November, nachmittags 5 Uhr, findet im Zentralhotel eine Mitgliederversammlung der „Arbeiterwohlfahrt" statt, zu welcher wir alle Genossen und Genossinnen einladen. Referent ist Genosse Bürgermeister L u k a s - Alt-Bielitz. Sorget für einen guten Besuch.

Vermischte Nachrichten

Das schlechte System.

Es gibt eine Theorie, die das frühzeitige Heiraten empfiehlt. Ein Paar in Siebenbürgen hatte eine „Frühehe" geschlossen. Eine sehr frühe sogar, denn der Ehegatte war nicht viel mehr als siebzehn und die Gattin gar erst vierzehn Jahre alt, als sie gemeinsam vor den Altar traten. Allein: weder der Segen der Kirche, noch die besondere Genehmigung der Regierung, die erst erteilt worden war, nachdem ein speziell berufenes Aerztekollegium bestätigt hatte, daß „die Braut schon ehefähig sei und einen Mann sehr gut vertragen könne...." — und dieses ganze innige Zusammenwirken weltlicher und kirchlicher Autoritäten konnte nicht hindern, daß die Freuden der Ehe der jungen Frau nach zwei Monaten bereits zum Halse heraushingen, so daß sie „eines schönen Tages", wie man so unüberlegt sagt, ihren Gatten verließ, um ins elterliche Haus zurückzukehren und dort bis auf weiteres das gewohnte Mädchendasein fortzuführen. Weder Bitten noch Drohungen des tiefgekränkten Gatten halfen, so daß dieser, nachdem er sein frühes Tannhäuser-Schicksal etwa ein Jahr lang beklagt, zum Richter ging, von diesem die Lösung der Ehe zu fordern. Der Erfolg war auch ganz auf seiner Seite, die Ehe wurde infolge „Verschuldens der Frau" geschieden.

Alte Herzen, junge Herzen.

Vor etwa zwei Wochen erregte der Entschuß eines alten Ehepaares bekanntesten Namens Aufsehen, das den Rest seines Lebens im Kloster verbringen wollte. Die alten Leute hatten während vieler Jahre ihre Befriedigung in karitativer Arbeit gefunden und wollten nun der Welt ganz Lebewohl sagen. Der Papst hatte ihren Entschluß gebilligt und gestattet, daß der Ehemann in ein dem Orden Jesu nahestehendes Haus in Italien eintrat, um sich — trotz Weiterbestehens der Ehe — zum Priester zu bilden, während die Gattin sich in ein Kloster der spanischen Heimat zurückzog. Man könnte sich denken, daß in solcher Umgebung den vom Leben ermüdeten Herzen ein zufriedenes Alter beschert wird. Kaum hat sich das Staunen über die greisen Eheleute gelegt, da ereignet sich ein anderer Fall: In einer Familie des Madrider Mittelstandes wuchsen zwei bildschöne Mädchen heran. Schon in jungen Jahren halfen sie den Eltern, ihr einfaches Brot verdienen. Alle lebten sie in schönster Harmonie, bis dem Vater, der ein frömmelnder Grübler war, die Lustigkeit seiner schönen Töchter und ihre Freude am weltlichen Leben überhandzunehmen schien. Da beschloß er, sie auf die Bahn der Tugend zurückzubringen und meldete sie in einem Kloster an. Eines Morgens erscheint auf seine Veranlassung ein Beamter in der Wohnung, um die Mädchen abzuholen und dem Kloster zuzuführen. Die Aeltere ist einverstanden und will folgen. Die Jüngere überfällt ein Schauer vor dem Leben in der Klausur. Sie rennt ins Nebenzimmer, schwingt sich aus dem Fenster und greift nach der vorbeiführenden Regenrinne. Fünf Stock hoch hängt sie über dem kleinen Hof der traurigen Mietskaserne. Dann beginnt eine rasende Fahrt: vor ihren angstvoll aufgerissenen Augen sausen die Etagen vorüber, die vierte, die dritte, die zweite... da endet die Rinne im leeren Raum! Als blutiges, elendes Häufchen schlägt das eben noch lebenslustige Mädchen auf den Zement. Dem einen bedeutet die Klosterzelle friedliche Stille nach stürmevollem Leben, dem anderen den Fluch, dem zu entrinnen, kein Sprung zu tief scheint. Warum auch die Schönheit der Jugend an den Ort bannen, der die Runzeln des Alters im milden Dämmer verbirgt?

Undank und Heldentum.

Hämische Zungen wissen doch nie am rechten Platz zu schweigen. Helden und Heldenverehrung gelten ihnen nichts, sie zerpflücken den Ruhm, und sei es auch nur der des Tages oder der Stunde. An einem Bahnübergang eines Vorortes von Buenos Aires erblickte der achtzehnjährige Moses Solomonsky ein dreizehnjähriges Mädchen, das vor einem heranbrausenden Zuge sorglos die Schienen kreuzte, ohne sich der unmittelbaren Lebensgefahr bewußt zu werden, in der es schwebte. In Salomonskys Pupillen spiegelte sich das gräßliche Geschehen, er rannte, was seine Kräfte hergaben, riß sie im letzten Augenblick zurück, konnte aber nicht verhindern, daß er selbst von der Lokomotive gestreift und zu Boden geworfen wurde. Moses Salomonsky war der unbestrittene Held des Tages, legendär war sein Heroismus im ganzen Viertel, nachdem seine Tat in den Zeitungen mit zahlreichen Einzelheiten und Ueberschriften, Zeichnungen und seinem Bild den Zeitgenossen als Ansporn, ihm selbst zum Lohne bekanntgegeben worden war. Aber unsere Polizei ist fremdem Glanze abhold. Sie verhörte das angeblich gerettete junge Mädchen, das von der kühnen Tat Salomonskys nichts zu wissen erklärte. Es habe nur gesehen, daß der Jüngling am Boden gelegen habe und von einer Gefahr sei keine Rede gewesen. Also geschah es, daß die Zeitungen das Gegenteil der ersten Meldung berichteten, und der junge Ruhm schwand. Aber Salomonsky ließ das nicht auf sich sitzen. Glücklicherweise konnte er mit Zeugen aufwarten, und so klärte er den Tatbestand zu seinen Gunsten auf, ohne dabei auf Heldentum Anspruch zu erheben. Und kam so in jungen Jahren zu der bitteren Erkenntnis, daß Undank im allgemeinen und bei Frauen im besonderen der Welt Lohn ist.

Ein Traum — die Wahrheit.

Vor kurzem fand vor dem Londoner Zivilgericht ein Ehescheidungsprozeß statt, dessen Geschichte zu den originellsten dieser Art gehört. Vor einiger Zeit kehrte der Ingenieur Damany aus seinem Bureau heim und fand einen Brief seiner Frau vor, des Inhaltes, daß sie den Abend bei einer Freundin verbringen werde. Arglos legte sich Herr Damany nach dem einsamen Abendessen auf einen Diwan und verfiel in einen tiefen Schlaf. Im Traum hatte er die Empfindung, in einen Abgrund zu stürzen, und befand sich, jäh erwachend, auf dem Fußboden des Zimmers. Aufblickend bemerkte er eine männliche Person in tiefem Schlafe auf dem Diwan liegen, in der er zu seiner maßlosen Verblüffung sich selbst erkannte. Der schlafende Doppelgänger Damanys hielt die von ihm selbst noch vor kurzem entzündete Zigarre in der Hand. Herr Damany, der immer lebhaftes Interesse für okkulte Dinge empfunden hatte, nahm ohne weiteres an, daß es sich hier um eine Flucht seines Astralleibes aus seinem irdischen Körper handle und benützte dieses außergewöhnliches Vorkommnis, um sich selber den Wunsch zu suggerieren, zu erfahren, wo seine Gattin sich zurzeit aufhalte. Er sah plötzlich ein großes, mit altertümlichen Möbeln ausgestattetes Zimmer vor sich und bemerkte seine Gattin in den Armen eines ihm gänzlich unbekannten Mannes. Nachdem die Vision verschwunden war, erblickte der Ingenieur ebenso plötzlich wieder sein eigenes Arbeitszimmer und sich selbst, in einem Fauteuil sitzend und eine im Verlöschen befindliche Zigarre in der Hand haltend.